

Stenographisches Protokoll

62. Sitzung des Kärntner Landtages - 27. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 8. September 1998

Inhalt

Feststellung des Vorsitzenden zu den am Vormittag eingelangten Bombendrohungen gegen das Landhaus (S. 5988)

Feststellung des Vorsitzenden, daß die heutige Landtagssitzung auf Verlangen der FPÖ-Fraktion gemäß § 44 Abs. 2 K-LTGO einberufen wurde und keine Verhandlungsgegenstände vorliegen (S. 6005)

Fragestunde (S. 5988)

Aktuelle Stunde

Zukunft der Abfallbehandlung in Kärnten; Antragsteller: ÖVP-Klub

Redner: Dr. Wutte (S. 5992), Schiller (S. 5993), Dr. Sickl (S. 5994, 5998, 6001, 6004), Mag. Herbrich (S. 5996), Wedenig (S. 5997), Markut (S. 5999), Dipl.-Ing. Gallo (S. 6000), Stangl (S. 6002), Ott (S. 6003).

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 436-7/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend die Ausgestaltung des Kolig-Raumes

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 6006)

zur Dringlichkeit: Mag. Trunk (S. 6007, 6009), Dr. Wutte (S. 6008), Dipl.-Ing. Freunschlag (S. 6010, 6011), Wedenig (S. 6011), Dipl.-Ing. Dr. Traußnig (S. 6012)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (SPÖ nein, FPÖ ja, ÖVP nein) (S. 6013)

Zuweisung: Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß (S. 6013)

2. Ldtgs.Zl. 436-8/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend die Ausgestaltung des Kolig-Saales

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 6013)

Zur Dringlichkeit: Schiller (S. 6014), Dr. Strutz (S. 6015), Unterrieder (S. 6015), Schwager (S. 6016)

Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit (SPÖ nein, FPÖ nein, ÖVP ja) (S. 6017)

Zuweisung: Schul-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß (S. 6017)

3. Ldtgs.Zl. 492-3/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die ordnungsgemäße Verwendung der Klubfinanzierungsmittel

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schiller (S. 6018)

Zur Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 6018), Sablatnig (S. 6019)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 6019)

Debatte: Dr. Strutz (Zusatzantrag) (S. 6019)

Einstimmige Annahme des Antrages (S. 6020)

Ablehnung des Zusatzantrages des FPÖ-Klubs (SPÖ nein, FPÖ ja, ÖVP nein, Abg. Wendig ja) (S. 6020)

4. Ldtgs.Zl. 83-6/27:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Aktion 54 plus - Initiative zur Beschäftigung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Koncilia (S. 6020)

Zur Dringlichkeit: Sablatnig (S. 6021, 6024), Ing. Pfeifenberger (S. 6021, 6023), Koncilia (S. 6022)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 6024)

Einstimmige Annahme des Antrages (S. 6024)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 6024)

C. Anfragen von Abgeordneten (S. 6024)

Beginn: 8.9.1998, 09.05 Uhr

Ende: 8.9.1998, 17.52 Uhr

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Unterrieder**,
Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**,
Dritter Präsident **Dr. Wutte**

Anwesend: 34 Abgeordnete

Entschuldigt: Abgeordneter **Mitterer**,
Abgeordneter **Dr. Großmann**

Mitglieder des Bundesrates:
Pfeifer

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Zernatto**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Reichhold**, Landesrat **Dr. Haller**, Landesrätin **Dr. Sickl**, Landesrätin **Achatz**, Landesrat **Lutschounig**, Landesamtsdirektor **Dr. Sladko**

Schriftführer: Direktor **Dr. Putz**

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Darf ich die Damen und Herren bitten, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 62. Sitzung des

Kärntner Landtages. Ich darf am Beginn feststellen, daß es sehr bedauerlich ist, daß bei der Sicherheitsdirektion im Zusammenhang mit der heutigen Sitzung zwei Bombendrohungen eingegangen sind. Das hat dazu geführt, daß das Haus von der Sicherheitsdirektion gesperrt wurde und daß man das ganze Haus untersucht hat. Es ist Gott sei Dank nichts gefunden worden. Wir haben aus Gründen der Sicherheit auch den Baubetrieb eingestellt, damit die Kontrolle für die Beamten und Beamtinnen leichter möglich ist. Es wird auch auf der Tribüne genau die Zahl von Personen zugelassen, die man aufgrund unserer Bestimmungen auf die Bühne lassen kann. Dies möchte ich sagen, damit diesbezüglich Verständnis herrscht. Als Präsident des Kärntner Landtages darf ich den Beamtinnen und Beamten dafür recht herzlich danken, daß sie sehr rasch gearbeitet und für die Sicherheit in diesem Haus gesorgt haben.

Ich darf die Damen und Herren der Medien und die Damen und Herren auf der Zusehertribüne begrüßen. Wir kommen am Beginn der heutigen Sitzung zur Fragestunde:

Fragestunde

1. Ldtgs.Zl. 577/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! In der vergangenen Sitzung des Kärntner Landtages am 9. Juli habe ich Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler, über die Landesausstellung Hüttenberg befragt und auch eine Zusatz-

frage gestellt, die Sie mir damals nur teilweise beantwortet haben. Das mag seine Gründe gehabt haben. Jedenfalls war es für mich verdächtig, denn eine Antwort bleibt dann aus, wenn man etwas zu verbergen hat. Noch mehr hat mich im Anschluß daran irritiert, daß unbeteiligte und unschuldige Personen bedrängt, auch verdächtigt und beschuldigt worden sind, meine Anfrage initiiert zu haben. Bitte richten Sie dem Herrn Mag. Pucker aus, daß das, was er getan hat, weder mein Stil ist noch in einer Demokratie üblich sein sollte noch einer Landesausstellung adäquat ist.

Dipl.-Ing. Gallo

Ich frage Sie daher heute: Welche Arbeiten hat Herr Mag. Pucker als Leiter des Landesausstellungsbüros für die Landesausstellung Friesach konkret und im Detail zu erbringen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter! Das Projekt der Kärntner Landesausstellung in Friesach 2001 ist als örtlicher, regionaler und landesweiter Gesamtauftritt konzipiert und trägt vorläufig den Arbeitstitel "Die Stadt im Mittelalter".

Ein kärntenweites Mittelalternetzwerk in Verbindung mit Kulturpfaden und dem Projekt Venusfahrt wird vom Landesausstellungsbüro unter Leitung von Mag. Pucker konzipiert bzw. berücksichtigt. Gleichfalls wird seitens der Landesausstellung und ihres Leiters eine regionale Arbeitsgruppe "Mittelkärnten" koordiniert und geleitet, um ein kulturtouristisches Netzwerk im Sinne gesteigerter Wertschöpfung zu schaffen.

Diese Arbeiten erfolgen in direkter Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden und der Abteilung 20 des Amtes der Kärntner Landesregierung, wobei vom Team der Kärntner Landesausstellung eine Ist-Analyse und regionale Aufarbeitung bereits durchgeführt wurden.

Die Bildung und Entwicklung der Burgenstadt Friesach Veranstaltungs-GesmbH wurde auch vom Landesausstellungsbüro maßgeblich mitgestaltet und wird unter dem Dach der Landesausstellung als starke Ressourcensicherung vor Ort stattfinden.

Im Landesausstellungsbüro selbst gibt es ein klares Anforderungsprofil, wie die Arbeiten in Friesach zu absolvieren sind:

1. Gesamtkoordination und Organisation,
2. Entwicklung und Leitung des regionalen Koordinationsteams,
3. Konzeption und Umsetzung für eine kärntenweite Vernetzung in enger Zusammenarbeit mit der Kärntenwerbung,
4. Bearbeitung und Mitgliedschaft im Beirat der unmittelbar für stadtbezogene Aktivitä-

- ten geschaffenen Burgenstadt Friesach Veranstaltungs-GesmbH,
5. Vorauswahl und Aufbereitung von Projektvorschlägen,
6. Erstellung von Grundkonzepten,
7. Entwicklung des Gesamtprojektplanes und der Ablaufplanung,
8. Erarbeitung des Haushaltsplanes und des Controlling,
9. Erarbeitung bzw. Einarbeitung von Verkehrs- und Parkkonzepten in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Friesach,
10. Entwicklung des Nachnutzungskonzeptes gemeinsam mit der Veranstaltungs-GesmbH,
11. Gesamtkoordination von Wissenschaft und Gestaltung,
12. Entwicklung und Umsetzung des Marketingkonzeptes,
13. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
14. Koordination und Erstellung der Publikation bzw. dann des Kataloges,
15. Sponsorakquirierung, Betreuung, Abschluß von Vereinbarungen,
16. Personalmanagement,
17. Ausschreibung und Vergabe von Leistungen (Druckwerke, Gestaltung, Transport),
18. Auswahl der und Kontaktaufnahme mit den Leihgebern der Exponate, weiters Transport der Exponate, Versicherungsangelegenheiten und
19. örtliche Ausstellungsleitung im Sinne der organisatorischen, buchhalterischen, logistischen und technischen Aufgaben, die vor Ort während der Ausstellung zu erledigen sind.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Das ist auch nicht der Fall. Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Dr. Ausserwinkler, wo ist das, was Sie mir jetzt gesagt haben, auch für den Herrn Mag. Pucker ersichtlich schriftlich festgehalten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Wie Sie wissen, ist mit Verordnung der Landesregierung vom 17. Februar 1998 das Aufgabenspektrum des Landesausstellungsbüros als Teil der Abteilung 5 festgelegt und in diesem Zusammenhang der Verordnung finden sich auch die Grundzüge dieser Aufgaben wieder.

2. Ldtgs.Zl. 578/M/27:

Anfrage der Abgeordneten Kreutzer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler! Auf Seite 13 des Rechnungshofberichtes befindet sich unter A. b) Landesgalerie, Ankäufe 1996: "Cornelius Kolig, Wanderstab Plexiglas, Urin, Glykol, Elektromaterialien", Dieser Wanderstab war laut Aussage von Herrn Dr. Rohsmann von der Landesgalerie nicht auffindbar. Deshalb meine Frage: Wo befindet sich der von der Landesregierung um 32.000 Schilling angekaufte mit Urin gefüllte Wanderstab von Cornelius Kolig?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Frau Abgeordnete! Das von Ihnen angesprochene Kunstwerk befindet sich unter der Inventarnummer 4215 im Skulpturendepot der Kärntner Landesgalerie. Abg. Kreutzer: Danke.)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP? - Das ist auch nicht der Fall. Die Fragestellerin hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage.

Abgeordnete **Kreutzer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, warum haben Sie dieses Fäkal-, Exkrementen- oder Ausscheidungskunstwerk angekauft?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Frau Abgeordnete, es bleibt Ihnen überlassen, Bezeichnungen für Kunstwerke zu finden. Dieses Kunstwerk ist unter dem Titel "Wanderstab" von einer von mir eingesetzten unabhängigen Kommission - die habe ich bereits 1994 eingesetzt - angekauft worden. (Abg. Kreutzer: Danke.)

3. Ldtgs.Zl. 579/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Pistotnig an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Abgeordneter **Pistotnig** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr verehrter Herr Landeshauptmann! Hat das Land Kärnten die Kampagne "Was brauchst du mehr" finanziell unterstützt?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Wenn es Sie beruhigt, Herr Abgeordneter, die Kampagne "Was brauchst du mehr" wurde von der Kärntner Volkspartei finanziert. (Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Das entspricht nicht der Rechtschreibform!)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage! - Das ist nicht der Fall. Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage. (*Abg. Pistotnig: Danke.*) Das ist nicht der Fall. (*Heiterkeit von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion.*) Damit ist die Anfrage 3 erledigt und wir kommen zur 4. Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 580/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Dr. Strutz an Landeshauptmann Dr. Zernatto

Bitte, Herr Klubobmann!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten, die das Land Kärnten im Rahmen des Staats- und Regierungstreffens in Pörschach zu tragen hat?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Die Kosten, die für das Land Kärnten im Zusammenhang mit dem informellen Treffen der Regierungschefs entstehen werden, belaufen sich auf etwa 4,7 Millionen Schilling.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der FPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall! Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Ist eine Bedeckung für diesen Betrag im Budget vorgesehen?

Landeshauptmann **Dr. Zernatto** (ÖVP):

Selbstverständlich ist für diesen Betrag eine Bedeckung vorgesehen - sonst könnte das Treffen nicht stattfinden. Es wird keine Zusatzfinanzierung notwendig sein. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. - Wir kommen zur 5. Anfrage:

5. Ldtgs.Zl. 581/M/27:

Anfrage des Abgeordneten Schwager an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ausserwinkler! Das Kärntner Landesbudget hat eine Höhe von 397 Millionen Schilling. Davon bekommt der Kärntner Blasmusikverband jährlich 300.000 Schilling an Zuwendungen. Bei diversen Veranstaltungen im heurigen Sommer, zum Beispiel Bezirksmusikertreffen und anderen, wurde der Wunsch an Sie herangetragen, diese Förderung wesentlich anzuheben.

Deshalb meine Frage an Sie: Wann kann der Kärntner Blasmusikverband mit einer Erhöhung der jährlichen Förderung aus dem Kulturbudget des Landes Kärnten rechnen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ausserwinkler** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Schwager! Das Landesbudget hat über 21 Milliarden - nicht 397 Millionen, wie von Ihnen angesprochen. Sie haben wahrscheinlich das Kulturbudget gemeint. (*Abg. Schwager: Das Landeskulturbudget, habe ich gemeint!*)

Dr. Ausserwinkler

Das Landeskulturbudget sieht auch eine Förderung des Blasmusikerverbandes vor. Wir haben in den letzten Jahren immer den Weg gewählt, daß es eine Basissubvention gegeben hat und danach Besprechungen über das Jahresprogramm.

Der Wunsch des Blasmusikerverbandes, der mir im Juli mitgeteilt wurde, wurde bereits im Juli erledigt. Es war der Wunsch, das Budget auf 500.000 Schilling anzuheben.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Gibt es seitens der SPÖ eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall! Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage? - Das ist auch nicht der Fall!

Der Fragesteller hat die Möglichkeit einer Zusatzfrage! (*Abg. Schwager: Nein, danke!*)

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit sind wir am Ende der Fragestunde. Wir kommen zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Sie ist im § 52 der Geschäftsordnung normiert. Nach dem Rotationsprinzips steht den Abgeordneten des ÖVP-Klubs das Recht zu, diesmal das Thema vorzugeben. Es ist dies geschäftsmäßig geschehen. Es lautet: "Zukunft der Abfallbehandlung in Kärnten". Ich darf bitten, den Druckfehler, den es beim Antrag gibt, auszubessern!

Ich darf als erstem Redner der Antragsteller Herrn Dritten Präsidenten Wutte das Wort erteilen. Die Redezeitbeschränkung in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen!

Dritter Präsident **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Als bekannt wurde, daß die Freiheitliche Partei eine Sondersitzung des Kärntner Landtages einberufen lassen will, haben wir eigentlich erwartet und sind davon ausgegangen, daß entweder die Frau Landesrätin Sickl endlich einen Bericht gegenüber den Kärntner Abgeordneten über den Stand und die Entwicklung in der Frage der thermischen Restmüllbehandlung ablegt - oder daß der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter über seine begonnenen wirtschaftlichen "Großtaten" berichten wird oder neue Ideen für den Kärntner Tourismus berichten möchte. Aber, da haben wir doch wohl zuviel erwartet!

Die Intention der Sonderlandtagseinberufung ist in eine andere Richtung gegangen, nämlich in eine, die wir heute noch zur Genüge sozusagen zu diskutieren haben werden. Und ich meine

schon an dieser Stelle, daß die Frage einer Landtagssitzung aus diesem Anlaß wahrscheinlich nicht entspricht.

Diese Enttäuschung auf unserer Seite - ich darf das ganz offen sagen - läßt einerseits den Schluß zu, daß man seitens der FPÖ an der Sacharbeit nicht vordergründig interessiert ist; daß man einen sechsmonatigen Wahlkampf vom Zaun brechen will; daß Kollege Reichhold halt offenbar über den selbstgewählten Terminus des Platzhalters nicht hinauskommen will und daß die Frau Sickl sich zwar als sympathische, durchaus gesprächsfähige und in Ansätzen Kompetenz zeigende Regierungsreferentin präsentiert, aber in dieser für Kärnten entscheidenden Frage der Restmüllbehandlung doch sehr stark am Gängelband des freiheitlichen Bundesobmannes steht.

Wir seitens der Kärntner Volkspartei bekennen uns zum Grundkonsens, wie wir ihn hier in diesem Haus - das ist mittlerweile schon drei Jahr her - bekannt haben, nämlich den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, die entscheidenden Maßnahmen in die Wege zu leiten und die Regierung (sprich in der Verantwortung der Frau Landesrat) auch mit den entsprechenden Maßnahmen zu beauftragen.

Wir bekennen uns zum Inhalt der bisher gesetzten Regierungsbeschlüsse - was fehlt, ist die Umsetzung! Es ist hoch an der Zeit, daß wir heute zumindestens einen Zwischenstandsbericht bekommen. Es war doch schon im Jahr 1995 Beschlußinhalt des Kärntner Landtages, daß aufgefordert wird, einerseits die

Dr. Wutte

Varianten vorzulegen, Entscheidungsvorbereitungen zu treffen und dann, unter Punkt c - Frau Landesrat, du kannst dich erinnern - Übergangslösungen zu präsentierten. Entsprechend Punkt d - das scheint in Vergessenheit geraten zu sein - ist über den Fortgang dem Landtag bei Vorliegen wichtigen Zwischenergebnisse zumindestens doch halbjährlich zu berichten. Daß die Zwischenergebnisse nicht ausreichend sind, haben wir zur Kenntnis genommen. Leider! Aber die Halbjährlichkeit wäre zumindestens einzuhalten! Es stellt sich eine Reihe von Fragen.

Unbeantwortet bis heute - weil es nach wie vor im öffentlichen Diskurs nicht mehr im politischen Diskurs steht - ist die Frage der Müllmenge an sich, die von verschiedenster Seite verschieden gesehen wird. Hier wollen wir eine klare Antwort, die wir einfordern!

Unklar ist endgültig, wer die Sache in welchem Verfahren ab wann wirklich konkret umsetzen wird. Unklar - und das ist der Kernpunkt dieser Fragestellungen, die wir endlich beantwortet haben wollen! - ist der leidige Kompetenzstreit zwischen der Frau Landesrat und der KEV, sprich den Verbänden in Kärnten, wer jetzt irgendwelche Maßnahmen und Entscheidungsvorbereitungen zu treffen hat.

Wir sind es wirklich leid, einerseits seitens der Landesreferentin zu hören: "Ich bin nicht zuständig; es sind die anderen." Seitens des Herrn Peterle ist zwar zu hören, er werde messerscharfe Ergebnisse präsentieren, doch hat er diese noch nicht vorgelegt. Es liegt an Ihnen, hierbei die Kooperation sicherzustellen. Und es liegt an Ihnen, Frau Kollegin, das zu tun, wozu Sie der Landtag einstimmig - ich möchte das noch einmal in Erinnerung rufen: einstimmig! - beauftragt hat!

Wir brauchen beschlußreife Ergebnisse; wir brauchen ein Umsetzen und klare Umsetzungen noch vor der Wahl! Drücken Sie sich bitte nicht davor herum! Was wir nicht brauchen (*Vorsitzender: Redezeit!*) - ich bin sofort zu Ende - sind Kriminalisierungsversuche seitens der freiheitlichen Obmannes! Was wir nicht brauchen sind Klagsfluten im Zusammenhang mit der Restmüllbehandlung! Was wir brauchen sind

klare Antworten, die endlich auf den Tisch kommen müssen!

Wir wollen mit der Aktuellen Stunde der heutigen Sonderlandtagssitzung ausreichend Gelegenheit bieten, auf diese Fragen eine klare und ich hoffe auch vernünftige Antwort zu geben. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Schiller das Wort.*)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin! Hohes Haus! Der Kärntner Landtag hat im Jahr 1992 einstimmig ein "Abfallwirtschaftskonzept" beschlossen, und zwar in einer vierstufigen Abfolge. Diese vier Stufen waren in der Stufe 1: die Errichtung bzw. Einrichtung von Wertstoffsammelzentren; in der Stufe 2: die Errichtung von Recyclinghöfen; in der Stufe 3: die Errichtung von Kompostieranlagen und in der Stufe 4: die Überlegung, was mit dem noch verbleibenden Restmüll zu geschehen hat.

Die ersten drei Stufen wurden bis 1994 erledigt. Wir haben mit Hilfe der Gemeinden Wertstoffsammelzentren in ganz Kärnten errichtet; einheitlich mit einem Kostenaufwand von mehr als 100 Millionen Schilling. Die Strategie der Recyclinghöfe konnte voll umgesetzt werden. Wir haben auch im größten Teil Kärntens sichergestellt, daß die Kompostieranlagen vorhanden sind und funktionieren.

Es gibt seit August 1994 diese Studie. Frau Landesrätin, diese haben Sie von Ihrem Vorgänger in die Hand bekommen. Er hat sie nämlich präsentiert, ist aber heute nicht hier: Herr Ing. Reichhold, der vom Juni 1994 bis November 1994 Umweltreferent war. Diese Studie, die die Kärntner Landesregierung im Jahre 1993 in Auftrag gegeben hat, war die Grundlage für die weitere Vorgangsweise.

Es haben sich der Kärntner Landtag und die Kärntner Landesregierung relativ rasch mit dieser Strategie auseinandergesetzt und jeweils einstimmige Beschlüsse zustande gebracht, die da lauten, daß der zukünftige Weg der Restmüllverwertung in Kärnten die thermische Restmüllverwertung sein soll.

Schiller

Nun sind vier Jahre vergangen. Ich habe im Jahr 1997 bei der Budgetdebatte meine Befürchtungen geäußert, indem ich formuliert habe, daß ich befürchte - und es ist leider so gekommen -, daß die thermische Restmüllverwertung ein Wahlkampfthema sein wird. Wir stehen einige Monate vor der nächsten Landtagswahl, aber in dieser Causa ist nichts geschehen!

Ich will Ihnen nicht absprechen, daß Sie sich bemüht haben, die Dinge voranzutreiben. Wir haben am 16. Juni - das war ein ganz wichtiges Datum - in der Kärntner Landesregierung, wo Sie, der Herr Landeshauptmann, Bürgermeister Steinlechner und verschiedene Gemeindevertreter aller Fraktionen aus Arnoldstein sowie meine Wenigkeit anwesend waren einvernehmlich fixiert, daß der Standort Arnoldstein ins Auge gefaßt werden soll und aufgrund dieser einvernehmlichen Fixierung dieses Standortes auf der Gemeindeebene die notwendigen Vorarbeiten einzuleiten sind, um das endlich umzusetzen.

Am 22. Juli 1998 gab es eine Gemeinderatsitzung in Arnoldstein, mit dem Ergebnis, daß von den freiheitlichen Gemeinderäten mehr als die Hälfte gegen diese Vereinbarung gestimmt haben, die sie seinerzeit (am 16. Juni) unterschrieben haben, und zur Gänze die ÖVP-Fraktion.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! So können wir nicht weiterkommen im Lande Kärnten, bei so sensiblen Themen! Sie fordern immer von uns ein, geschätzte Frau Landesrätin, daß wir mit einvernehmlicher Strategie und mit viel Einsatz diese Dinge umsetzen. Aber Sie sind selbst nicht in der Lage, vor Ort (dort, wo die Akzeptanz eigentlich hergestellt werden muß) diese Strategie in Ihren eigenen Reihen zustande zu bringen.

Ich meine, daß wir in diesen letzten vier Jahren so viel Zeit verloren haben, daß ich befürchte, daß wenn in den nächsten eineinhalb Jahren eine Entscheidung nicht getroffen werden kann, wir das Datum versäumen, daß da nämlich lautet: Im Jahr 2004 darf nichts mehr auf Deponie gebracht werden. Doch dann müssen Sie in Ihrer Verantwortung den Kärntnerinnen und Kärntnern erklären, wie es mit der Gebührengestaltung

aussieht; wie es dann aussieht und wo der Müll hinkommt, wenn in Kärnten keine Anlage errichtet wird.

Wir Sozialdemokraten - eine Zeitung hat ja das in einem Artikel geschrieben - sind konsensmüde, weil wir schon vier Jahre diesen Konsens durchhalten, aber bis zum heutigen Tag keine Ergebnisse auf den Tisch bekommen haben. Ich fordere Sie im Namen der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf, möglichst rasch dieses Spiel zu beenden und dafür zu sorgen, daß es einen definitiven Standort gibt! Der Weg, den Sie beschritten haben, meine ich, war falsch! Sie hätten nämlich zuerst einmal den Standort fixieren müssen und dann erst die Betreiber für diesen Standort einladen sollen. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Gar nichts hätte sie müssen!*) Weil jetzt haben wir, Herr Präsident Freunschlag, ein Tohuwabohu, wo die Rechtsanwälte nur darauf warten, wieviel sie an diesen Dingen verdienen werden, wenn der eine den anderen klagt. Letztlich wird das alles dem Kärntner Steuerzahler auf den Kopf fallen. Dann müssen Sie, bitte, den Menschen in unserem Lande erklären, warum das so gekommen ist! Sozialdemokratische Umweltpolitik war transparent, nachvollziehbar und in den letzten Jahren für die Menschen ... (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Jetzt nicht mehr nachvollziehbar!*) Jetzt nicht mehr! Aber wenn wir so gearbeitet hätten, Herr Präsident, wie Sie arbeiten oder wie die Frau Landesrätin im Bereich der Abfallwirtschaft arbeitet, dann hätten wir nicht einmal noch den Längsee kanalisiert. Das möchte ich Ihnen sagen! (Beifall von der SPÖ-Fraktion)

In der Zwischenzeit hat die Sozialdemokratie in ihrer Verantwortung von 1960 bis herauf 1994 die Seen saniert, die Fließgewässer saniert und alle Voraussetzungen geschaffen, daß wir eine offensive Abfallwirtschaft in unserem Lande umsetzen. Derzeit, muß ich sagen, steht dieser Zug. Und es wird Zeit, daß er wieder ins Rollen kommt! (Beifall von der er SPÖ-Fraktion. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Vom Saulus zum Paulus geworden!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich erteile Frau Landesrätin Dr. Sickl das Wort und mache höflich auf die Einhaltung der Redezeit aufmerksam! (*LR Dr. Sickl: Mir ist gesagt worden: "Zehn Minuten"!*) Die Redezeit beträgt fünf Minuten!

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf eingangs betonen, daß ich meine Aufgabe, die Restmüllverbrennung in Kärnten umzusetzen, bis zum jetzigen Zeitpunkt raschest und vollständig erfüllt habe. Ich bin mit großer Behutsamkeit und Sensibilität bei dieser empfindsamen Frage vorgegangen. Dadurch ist eine hohe Akzeptanz bei der Kärntner Bevölkerung und bei den Medien erreicht worden. Ich glaube, es stellt heute niemand mehr die Müllverbrennung grundsätzlich in Frage.

Die Aufgabe war deshalb auch so schwierig, weil in der Müllfrage jeder Bürger betroffen ist und trotz unseres grundsätzlichen Konsenses manch politischer Mitbewerber der Verlockung nicht widerstehen konnte, hier immer wieder parteipolitisches Kleingeld zu wechseln und die Panik der Kostenexplosion und des Müllchaos heraufzubeschwören.

Ich darf vielleicht kurz die Chronologie anreißen. Das Konzept, das von Kollegen Schiller erarbeitet wurde, wurde von mir ergänzt, wie dies ein Landtagsauftrag vorschrieb. Und ich bin auch beauftragt worden, eine Übergangslösung für den Abfallwirtschaftsverband Villach, dessen Deponie ja 1999 voll ist, zu erarbeiten. Ich habe dann im Herbst, bereits im September, das Konzept vorgelegt, welches auch mechanisch-biologische Varianten geprüft hat, wo klar hervorgegangen ist - und das muß man auch immer wieder sagen - daß sie nur ein Vorbehandlungsschritt sein können und allenfalls immer eine Restmüllverbrennung nach sich ziehen. Wir haben uns auch mit den Kosten befaßt, und damals hat man uns geprügelt, daß wir viel zu billig geschätzt haben - 2.300,- Schilling pro Tonne Müllverbrennung. Heute wissen wir aus den Ergebnissen, die inzwischen von der KRV -

der Kärntner RestmüllentsorgungsvermittlungsgesmbH präsentiert wurden, daß wir bei 1.830,- Schilling sind. Das heißt, wir haben noch viel zu hoch geschätzt. Damals hat man uns vorgeworfen, daß wir Phantasten seien.

Es ist dann im Oktober der Regierungsbeschluß und anschließend im Februar der Landtagsbeschluß gefaßt worden. Und dann hat es die Standortstudie von mir gegeben, die eine Vorauswahl der Standorte für die potentiellen Betreiber sichergestellt hat. Schon damals hat die SPÖ immer versucht, mich zu prügeln und mir zu sagen, in dieser Standortstudie hätte ich bereits den Standort präsentieren sollen. Nein, es war eine Vorauswahl, wo eine Reihe von Standorten dann eben für die Wirtschaft zur Verfügung stand. Und ich darf gleich auf den Einwand von Kollegen Schiller, daß das die falsche Vorgangsweise gewesen sei, antworten und sagen: Hätten wir einen Standort von vornherein festgelegt, dann wären die Vorwürfe gekommen, daß die Betreiber und Interessenten viel bessere Standorte hätten und dort wesentlich günstiger für den Bürger entsorgen hätten können. Daher haben wir es bewußt den Betreibern überlassen, sich mit den Standorten zu beschäftigen und den günstigsten auszusuchen. (*Zwischenruf von Abgeordneten Schiller.*) Es sind dann eben langsam auch die Interessenten auf den Plan getreten. Das Land hat eine Informationskampagne durchgeführt und ich habe die Interessenten animiert, sich eben hier für eine Restmüllverbrennungsanlage in Kärnten zu interessieren und zu engagieren.

Im Jahre 1996 wurde auch mit der Wirtschaftskammer das Konsenspapier erarbeitet, wo die Wirtschaftskammer vollinhaltlich hinter unserem Kärntner Restmüllverbrennungskonzept steht. Natürlich ist auch mit der Sektion Industrie das Gespräch gesucht worden. Ich möchte klarstellen, daß ich ein Schreiben der Sektion Industrie in der Hand habe, aus dem ganz klar hervorgeht, daß kein Industrieunternehmen in Kärnten an der Restmüllverbrennung interessiert ist - mit Ausnahme der ABRG - was aber damals im Verfahren nicht zulässig war. Dieses Papier gibt es - du kannst es von mir haben, Kollege Wutte. Und die Fraktionen, die die Kärntner Industrie heute

Dr. Sickl

verbrennt, sind selbstverständlich Bestandteil unseres Müllkonzeptes. Das sind die verschiedenen homogenen Fraktionen, wie Tetrapack, Kunststoff, Klärschlamm oder wie Holzabfälle, die selbstverständlich der Industrie verbleiben. Das ist alles besprochen worden. Und wenn heute in den Medien wieder diese Fragen aufgerollt werden, dann muß ich sagen, das ist ein alter Hut. *(Zwischenruf von Abgeordneten Dr. Ambrozy.)*

Es haben sich dann Interessenten mit den Standorten beschäftigt und diese auch ausgewählt. Im Frühling 1997 gab es eine Reihe von Interessenten. Daher war auch eine EU-konforme Ausschreibung notwendig. Und wie Sie wissen, haben wir ja sehr lange auf die endgültige Fixierung der Frist 2004 gewartet. Wir sind immer von dieser Frist ausgegangen - schon am Beginn unseres Konzeptes - aber leider hat sie lange auf sich warten lassen und die Wasserrechtsgesetznovelle mit dem Deponieparagrafen ist in der Ausschusssitzung des Landwirtschaftsausschusses im Parlament am 29. April 1997 beschlossen worden. Am 30. April 1997 habe ich bereits die Verbände zu einem ersten Gespräch bei mir gehabt. Es hätte keinen Tag früher passieren können, denn Sie hätten gesagt, wo steht es gesetzlich, daß 2004 nicht mehr deponiert werden darf. Einen Tag danach waren die Vertreter bei mir und wurden mit der Situation konfrontiert, daß nun eine Ausschreibung zu erfolgen hat und daß die eigentlich Verantwortlichen für diese Ausschreibung die Verbände sind.

Und jetzt, Kollege Schiller, möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie zuerst gesagt haben, ich hätte nichts getan und ich hätte meine Aufgaben nicht wahrgenommen. Sie wissen selbst sehr genau, wer eigentlich für die Restmüllentsorgung zuständig ist. Die Verbände sind es, als die Müllbesitzer. *(Vors.: Frau Landesrätin, die Redezeit!)* Das Land hat die Rahmenbedingungen zu schaffen und das ist auch erfolgt. *(Vors.: Frau Landesrätin, darf ich auf die Redezeit aufmerksam machen. Sie haben fünf Minuten und Sie können sich wieder melden. Sie haben noch eine Möglichkeit.)*

(LR Dr. Sickl: Ist sie zu Ende? - Ein bißchen noch.) (Vors.: Ja, ich muß sagen, ein bißchen können sie noch sprechen, aber ich mache Sie

darauf aufmerksam.) - (Dies löst im Hause Heiterkeit aus.) (Vors.: Aber keine Minute. Sie haben die Möglichkeit, sich wieder zu melden!) *(LR Dr. Sickl: Es geht leider nicht kürzer, denn ich muß die Chronologie hier darlegen!)* Es ist dann endgültig, am 31. Juli 1997, eine Sitzung erfolgt, wo die Verbände bei mir waren, wo ich ihnen drei mögliche Varianten einer zukünftigen Vorgangsweise vorgeschlagen habe: a) Die Verbände beauftragen laut unserer Kärntner Abfallwirtschaftsordnung das Land mit der Ausschreibung. b) Die Verbände führen selbst die Ausschreibung durch. Und wenn keine Variante Platz greift, dann findet Variante C statt, nämlich, daß jeder Verband für sich alleine 2004 eine Entsorgungsanlage haben muß. Die Verbände haben sich dann erfreulicherweise für die Variante B - das heißt, sie wollen diese Sache übernehmen - entschieden. Ich habe sie voll dabei unterstützt. Sie haben dann am 9. September 1997 eine GesmbH gegründet - die Kärntner EntsorgungsvermittlungsgesmbH. *(Vors.: Redezeit!)* Ich habe die Ausschreibung mitfinanziert und habe die Verbände unterstützt in ihrer sehr konstruktiven Vorgangsweise, sich hier dieser Restmüllverbrennung anzunehmen. Ich darf dann später noch einmal fortsetzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Herbrich das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Herbrich** (ÖVP):

Hoher Landtag! Herr Präsident! Frau Landesrätin! Quo vadis Müllverbrennung? Nach dem einheitlichen Beschluß vom 9. März 1995 haben wir eigentlich alle gedacht, daß wir innerhalb von eineinhalb bis zwei Jahren soweit sein werden, daß wir sagen können, wo der Standort ist und wie letztlich auch und mit welcher Technik die Müllverbrennung in Kärnten vor sich gehen wird. Aber das war zuviel erwartet und auch zu laut gesprochen. Denn auch Sie, Frau Landesrätin, haben im 95er-Jahr verkündet, daß im 96er-Jahr spätestens der Standort feststeht und haben auch 1996 noch einmal gesagt, spätestens 1997 haben wir das definitiv über die Bühne.

In der Zwischenzeit stellte sich heraus, daß offensichtlich die Verbände diejenigen sind, die

Mag. Herbrich

mit Ihnen nicht können, oder Sie können mit den Verbänden nicht - ich weiß es nicht, woran es hakt - jedenfalls geht das alles zum Nachteil der Kärntner Bevölkerung. Denn wenn wir noch lange warten, ist das Jahr 2004 da, und wir wissen nicht, wer letztlich den Müll verbringen wird, (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Die Verbände sollen aktiv werden!*) wo der Müll verbrannt wird. Und all das tun wir nur, um weitere Kosten zu produzieren. Die Kosten die letztlich, wie der Kollege Schiller schon gesagt hat, die Kärntnerinnen und Kärntner zu zahlen haben.

Und das Märchen, das Sie immer wieder erzählen, daß eine Verbrennung nicht mehr kostet als die Deponierung. Frau Landesrätin, alle Deponien, die wir in Kärnten haben, sind weiter zu erhalten. Einige Abfallwirtschaftsverbände haben massiv investiert. Ich denke an den Abfallwirtschaftsverband Spittal/Drau, der 250 Millionen Schilling investiert hat. Diese Investitionen sind natürlich zurückzuzahlen. (Zwischenruf von 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.) De facto heißt es ja nichts anderes, daß diese Gemeinden, die massiv investiert haben, natürlich die Zusatzkosten der Verbrennungen auch noch haben werden.

In den Zeitungen liest man immer wieder von verschiedenen Mengen und auch Sie haben in verschiedenen Anfragebeantwortungen verschiedene Mengen genannt. Das heißt, Mengen Industriemüll und Gemeindemüll - Mengen Haushaltsmüll, Industriemüll extra gerechnet. In der Zwischenzeit wissen wir, daß wir nur den Haushaltsmüll zur Verbrennung bringen können und daß hier die Mengen unter Umständen, von denen ursprünglich ausgegangen wurde, nicht so ganz in Ordnung sind bzw. nicht so ganz stimmen. Denn die Industrie hat neuerlich das Angebot gemacht, hier zum Teil mitzuverbrennen. Und wie Sie auch wissen, gibt es eine Verordnung die der Zementindustrie ab dem heurigen ... (LR Dr. Sickl: *Das passiert ja in Wietersdorf!* ...) ... Wissen wir ja! Wissen wir ja! Wie wir auch wissen, gibt es für den heurigen Herbst die Verordnung, daß in der Zementindustrie auch anderer Müll verbrennt werden kann, als das, was sie bisher getan haben. (LR Dr. Sickl: *Da muß aber eine Firma ansuchen!*) Ja, selbstverständlich wird sie auch

ansuchen. Sie hat es auch schon angekündigt, daß das kommen wird.

Das ist gar keine Frage. In diesem Zusammenhang darf ich Sie ersuchen, Frau Landesrätin, für Kärnten endlich eine Lösung zu präsentieren. Eine Lösung, die für alle tragbar ist und endlich einmal zu sagen, wo jetzt diese Müllverbrennung stattfinden kann und was sie tatsächlich kosten wird, nicht daß das Jahr 2004 da sein wird und wir wahrscheinlich von anderen Bundesländern abhängig sein werden. Danke. (Beifall von der ÖVP-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wedenig das Wort.)

Abgeordneter **Wedenig** (ohne Klubzugehörigkeit):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Vor kurzem habe ich an Frau Landesrätin Sickl eine Anfrage bezüglich der Restmüllverwertung in Kärnten gerichtet. Sie werden sich noch daran erinnern. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß der Bau einer mechanisch-biologischen Anlage laut dem österreichischen Abfallwirtschaftsgesetz genauso möglich wäre, wie der einer Müllverbrennungsanlage. Beispiele aus Salzburg und Tirol beweisen das. Ich möchte außerdem daran erinnern, daß ich gesagt habe, daß die Kosten des vom ECOLING ausgewählten TAP-Verfahrens deutlich über denen der mechanisch-biologischen Anlage liegen.

Um jetzt meine Wortmeldung abzukürzen erinnere ich an eine diesbezügliche Kritik des Abgeordneten Markut, was nämlich Ihre Antwort Frau Landesrätin an meine Anfrage betrifft. Kollege Markut hat gesagt: Ich muß Sie aber schon fragen, wie Sie gestern in der Anfragebeantwortung von Kollegen Wedenig dazu kommen zu sagen, die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen sind teurer als die Verbrennung? Ich glaube, Sie haben vergessen dazuzusagen, daß es gerade in diesem Bereich der laufenden Ausschreibung für die Restmüllverwertung in Kärnten eine Firma gibt, die ein Verfahren mechanisch-biologisch gesplittet mit einer thermischen Verwertung am

Wedenig

Ende angeboten hat und daß das mit Abstand das billigste Behandlungssystem ist.

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Riß im sogenannten "Müllkonsens" geht durch alle drei Landtagsparteien, sodaß von einem Konsens im eigentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Konriß!*) Gerade Landesrätin Sickl weiß nicht, wo sie steht. Wenn Sie zwar den Standort Arnoldstein befürwortet, aber unerfüllbare Forderungen - wie die vorherige Aufarbeitung aller Altlasten - stellt. (*LR Dr. Sickl: Schon erfüllbar! Das ist fast erfüllt! ...*) Sehr geehrte Frau Landesrätin! Unter Ihrer Amtsführung ... (*LR Dr. Sickl: 80 Prozent sind saniert!*) ... konnten bisher nämlich nur 20 Prozent der Altlasten verarbeitet werden. Neue gefährliche Müllberge sind dazugekommen. Die Verschmutzung der Luft durch Dioxine und die Vergiftung der Gailitz sind nicht dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung an die Umweltlandesrätin zu stärken.

Die Ausschreibung des Müllofens hat bisher mehr verdunkelt als Klarheit geschaffen. Warum? (*Diese Frage stellt Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Die Offertwertung weist schwere methodische Mängel auf. Standortsspezifische Daten, (*LR Dr. Sickl: Das geht an die Adresse der Verbände!*) ... wie die massive Umweltvorbelastung in Arnoldstein und die meteorologische Situation wurde in der Offertwertung nicht berücksichtigt. Zweitens: Kernaussagen der Offertwertung wurden durch die Landesregierung in unzulässiger Weise neu interpretiert. Obwohl die Offertwertung eine Standortpräferenz für Klagenfurt ergeben hat, hat sich die Landesregierung (*LR Dr. Sickl: Das müssen Sie alles den Verbänden sagen!*) ... für Arnoldstein entschieden. Landeshauptmann-Stellvertreter Ausserwinkler formuliert das so: Daß man ECOLING davon überzeugen konnte, daß Arnoldstein ein geeigneter Standort sei. Ich frage mich nun: Wer sind nun eigentlich die Gutachter? ECOLING oder die Landesregierung? Die Regierung steckt in der Frage der Restmüllentsorgung in einer Sackgasse. Einer Sackgasse, in die sie hineingeraten ist, weil sie die Skepsis der Menschen gegenüber der Müllverbrennung und ihren Gefahren sträflich ignoriert hat. Einer Sackgasse, aus der sie nur

dann wieder herauskommen kann, wenn sie einen sauberen Neuanfang ermöglicht.

Daher sollte eine Neuausschreibung der Restmüllentsorgung in Kärnten erfolgen. Diese Neuausschreibung sollte so erfolgen, daß auch Betreiber mechanisch-biologischer Anlagen mitbieten können. Schließlich geht es um eine bestimmte Leistung, nämlich die Restmüllbehandlung die gebraucht wird und nicht um ein bestimmtes Verfahren, wie die Müllverbrennung. Wenn die angebotenen mechanisch-biologischen Anlagen, eine kostengünstigere, flexiblere und umweltverträglichere Lösung des Müllproblems versprechen, wäre es nur logisch, diese Variante zu wählen.

(*Der Vorsitzende erteilt Landesrätin Dr. Sickl das Wort.*)

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Dankeschön! Ich darf in meiner Chronologie fortfahren und darf folgendes sagen. Mitte des vergangenen Jahres, genau vor 13 Monaten, haben die Verbände die Aufgabe übernommen, den Bestbieter zu ermitteln. Und dieses Verfahren läuft heute. Die Verbände haben ein Schweizer Büro mit der EU-Ausschreibung beauftragt. Es haben sich die Bieter beworben und derzeit läuft das Auswertungsverfahren bei den Verbänden. Die Verbände haben ordnungsgemäß und zielstrebig gearbeitet. Sie dürfen nicht vergessen, es gibt von der EU vorgeschriebene Fristen, die eingehalten werden müssen. Und die Verbände müssen das tun. Sie sind derzeit an der Arbeit und ich unterstütze sie. Ich habe auch die Ausschreibungskosten von seiten des Landes finanziert. Das heißt, das Land wartet derzeit auf das Ergebnis, welches die Verbände präsentieren müssen. Die Verbände müssen einen Bestbieter präsentieren. Und mit dem Bestbieter ist dann auch der Standort gegeben. Denn, wie gesagt, jeder Bieter muß selbst seinen Standort ermitteln. Und das ist im Interesse der Kärntner Bürger, weil wir hier die volle Konkurrenz der Verfahren und der Standorte haben und der Auswerter den optimalsten Standort und das optimalste Verfahren auswerten wird. Dann werden die Verbände den Zuschlag erteilen. Sie haben eine Frist, von

Dr. Sickl

der EU vorgegeben, mit 31.12.1998. Im Anschluß daran, wenn wir den Bestbieter haben werden, wird das Land mit den Verbänden und mit dem Betreiber gemeinsam eine umfassende Information der Bürger an dem Standort durchführen. Dann wird es, falls es von der Gemeinde so gewünscht ist, eine Volksbefragung geben. Anschließend wird die Landesregierung die Standortverordnung erlassen und es wird dann zu einem Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren kommen.

Es ist mir in dieser Zeit nicht nur gelungen, diese Rahmenbedingungen für die Umsetzung einer Restmüllverbrennung zu schaffen, sondern es konnte auch sichergestellt werden, daß für die Zwischenzeit, als Übergangslösung für Villach, ausreichend Deponievolumen vorhanden ist. Und wenn Sie sagen, Kollegin Herbrich, daß die Spittaler so viel zahlen müssen, so muß ich Sie hier korrigieren. Glücklicherweise waren die Verbände - und ich muß sie wirklich mit großer Anerkennung loben - Spittal und Villach bereit, meinen Vorschlag, den ich bereits 1995 deponiert habe, daß der Müll von Villach - wenn die Deponie dort voll ist - nach Spittal geht und damit auch das Spittaler Volumen bis 2004 aufzufüllen. Und das gelingt nämlich genau. Dieser Vorschlag wurde schärfstens kritisiert und erfreulicherweise jetzt, im heurigen Frühjahr, haben die Verbände Spittal und Villach einen Beschluß gefaßt - Verbandsbeschluß -, daß diese Lösung platzgreift. Das Land hat hier wieder unterstützend unter die Arme gegriffen und die Kosten für die Ermittlung der Deponiekosten für Villach getragen. Mein größtes Lob an die Bürgermeister, die endlich diese konstruktive sachliche Lösung, die eine landespolitisch sinnvolle Lösung ist, ergriffen haben.

Ich darf auch in diesem Zusammenhang eines betonen, daß wir in Kärnten dadurch, daß wir in Zukunft ungefähr zwei Drittel der Kunststoffsammlung im Zusammenhang mit der Restmüllverbrennung sparen werden, gewährleisten können, daß die Restmüllverbrennung zumindest nicht teurer werden wird als die Deponierung. Wir haben derzeit errechnet, daß für 2003, für die Deponierung einer Tonne Restmüll in Spittal 1.500 Schilling - das sind die aktuellsten Zahlen

- aus dem Zwischenergebnis der ECOLING geht hervor 1.830 Schilling, als beste Variante zu zahlen sind, das sind 300 Schilling. Das macht genau 180 Schilling pro Haushalt und Jahr Kostenunterschied zwischen Deponierung und Restmüllverbrennung. Und wenn wir davon ausgehen, daß wir die Kunststoffsammlung zu zwei Drittel zirka sparen können, dann bedeutet das, daß es zumindest zu keiner Kostenerhöhung kommen wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Wir haben in Kärnten auch die äußerst günstige Situation, daß wir nicht Deponievolumen für Jahrzehnte haben, wie andere Bundesländer, sondern daß wir genau 2004 die Deponien voll haben und durch diese Übergangslösung Villach - Spittal auch die neu sanierte Deponie Spittal eben voll bekommen, die ansonsten im Regen stehen würde, weil die Bürger für Jahrzehnte noch Deponievolumen hätten, welches sie alleine nicht finanzieren könnten. So, durch den Müll von Villach, der viermal so groß ist wie der von Spittal, haben sie die Deponie 2004 voll. Das heißt, es ist in Zusammenarbeit mit den Verbänden gelungen, daß keine zusätzlichen Kosten für Deponieerrichtungen entstanden sind und daß das derzeitige Deponievolumen in Kärnten ausreichend und bestens genutzt wird. Und mein Dank wieder an die Verbände.

Und wenn hier jemand von den Vorrednern gemeint hätte, ich könnte es mit den Verbänden nicht, *(Vors.: Redezeit!)* dann stimmt das überhaupt nicht, denn alle diese Lösungen, die wir gemeinsam erzielt haben, die Übergangslösung für Spittal und Villach, die gemeinsame Entscheidung, daß die Verbände eine GesmbH gründen und die Aufgabe übernehmen, alle diese Lösungen zeigen ja, wie gut wir miteinander auf der fachlichen Ebene arbeiten. Und ich darf hier an den Landtag appellieren, doch nicht dieses Gremium zu benützen, um parteipolitisches Kleingeld wieder einmal zu wechseln. Und ich muß Ihnen sagen, entweder kennen Sie sich alle - meine Vorredner - in der Müllverbrennung so schlecht aus, oder sagen Sie bewußt *(Abg. Ambrozy: Wir sind beim Kleingeldwechseln nicht so gut wie Ihr!)* etwas, was nicht stimmt, um mich hier im schlechten Lichte dastehen zu lassen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Keine der beiden Varianten entspricht eigentlich *(Vors.: Frau Landesrätin, Redezeit!)* einer

Dr. Sickl

konstruktiven Zusammenarbeit. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Markut das Wort.*)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Zunächst einmal Frau Landesrätin nehme ich gerne den verdienten Dank, den Sie den Bürgermeistern und den Obmännern der Abfallwirtschaftsverbände soeben ausgesprochen haben, entgegen und werde es meinen Kollegen gerne weiterleiten.

Es ist in der Tat so, daß die verantwortungsvolle Arbeit der SPÖ-Bürgermeister, die allesamt die Vorsitzenden der Abfallwirtschaftsverbände sind, überhaupt noch ein bißchen Licht in dieses Dunkel der Müllverbrennung bringen kann. Und in Ihrer Summe an pfuschartigen Verordnungen und Maßnahmen in der letzten Zeit ist es Ihnen beinahe gelungen, ein Posthumkonzept für die Müllverbrennung und für die weitere Tätigkeit im Kärntner Restmüll hier uns heute darzustellen.

(*LR Dr. Sickl: Können Sie die Verordnungen aufzeigen?*)

Zunächst einmal beschränke ich mich darauf, das zu tun, was sinnvoll ist, sachlich gerechtfertigt und fundiert ist, nämlich das, was die Arbeit der Abfallwirtschaftsverbände angeht. Ich gebe Ihnen durchaus recht und stehe nicht an, daß wir diesbezüglich mit dem Land Kärnten, vor allem mit den zuständigen Fachbeamten und Vertretern der Abteilung 15 hier sehr konstruktiv zusammenarbeiten. Ich möchte aber schon auch sagen, daß gerade der Weg der Kärntner SPÖ in dieser Frage nachvollziehbar und bestätigterweise der richtige seit 1992 ist. Und ich möchte Ihnen hier dieses Grundsatzpapier, das in diesem Haus in Form eines Antrages eingebracht wurde, vom 14.10.1994, nur auszugsweise in ein paar Punkten in Erinnerung rufen, damit Sie sehen, daß sich unser Weg eigentlich von dieser Zeit bis heute gar nicht zu verändern gebraucht hat und noch immer der richtige ist. Beschreiben wir an erster Stelle: die Müllvermeidung muß oberste Priorität haben. Der Umweltreferent muß eine Gesamtschau über die Restmüllbehandlung

vorlegen und die genaue Verfolgung der Müllwege hier aufzeichnen können. Ein wissenschaftliches Netzwerk der Restmüllbehandlung in Kärnten ist gefordert. Die Industrie als Partner bei der Müllentsorgung ist sehr wesentlich. Sie haben hier soeben das Konsenspapier der Wirtschaftskammer vom 20. August 1996 zitiert, nur Sie haben uns hier nicht alles gesagt. Es gibt nämlich weitere Schreiben der Wirtschaftskammer, wo Sie schon sehr massiv das Amt der Kärntner Landesregierung auffordern, hier tätig zu werden und die richtigen Zahlen einzusetzen. So gibt es vom 6. Mai 1997 ein Schreiben an den Herrn Landeshauptmann, das weitergeleitet wurde an die Landesrätin Dr. Sickl. Und es gibt auch vom 13. August 1997 ein Schreiben, wo uns die Kammer unmißverständlich mitteilt, daß sie als Partner für die Restmüllbehandlung in Kärnten zur Verfügung steht. Ich habe dieses Schreiben vom 13. August vor mir und es heißt hier: Auch die Wirtschaft geht davon aus, daß maximal 60.000 bis 70.000 Tonnen thermisch zu verwertender Haus- und Sperrmüll in Kärnten vorhanden ist und daß lediglich 15.000 Tonnen Betriebsmüll für die Verbrennung zu erwarten sind. Weiters hat die Abfallwirtschaft ausreichend Sortierkapazitäten für den gesamten Kärntner Betriebsmüll und die Kärntner Industrie ausreichend thermische Verwertungskapazitäten für die Teilströme der Abfälle. (*LR Dr. Sickl: Das passiert ja alles Kollege, das ist alles ein alter Hut!*) Natürlich passiert das. Und der Ist-Zustand, in dem wir uns derzeit befinden, ist so wie Sie soeben vorhin geschildert haben, daß dieses Ausschreibungsverfahren der KEV, dem Zusammenschluß der Kärntner Abfallwirtschaftsverbände, im Laufen ist. Und wir haben hier nur ein Problem, daß wir rechtlich unter Umständen in arge Bedrängnis kommen werden, wenn jetzt dieses Schweizer Büro wieder einen Bestbieter präsentiert, den wir ganz einfach nicht akzeptieren können. Das könnte der Fall sein. Vier Bewerber gibt es. Neben einer Firma, die sehr wohl ein sehr kostengünstiges und nachvollziehbares mechanisch biologisches Verfahren anbietet, sind es drei. (*Zwischenruf LR Dr. Sickl*) Entschuldige Frau Landesrätin, Sie sitzen nicht alleine in diesem Haus. Ich rede in erster Linie mit den 36 Kollegen, denen ich hier

Markut

ein bißchen auf die Sprünge helfen muß. Aber Frau Landesrätin, Sie wissen das ja alles, Sie zitieren es zum Teil richtig, Sie vergessen nur, daß die Situation in der wir uns jetzt befinden und vor allem vergessen Sie eines zu erwähnen, daß es ausgerechnet die FPÖ ist, deren Landesrätin verantwortlich ist, die Kärntner Restmüllbehandlung verantwortungsvoll zu Ende zu führen, daß die als erste den Konsensweg verlassen und daß quasi mit eurem Vormund, dem Bundesparteiobmann, hier dieser Weg zum ersten Mal wirklich verlassen wurde. Und das, glaube ich, ist schon gerechtfertigt, hier anzubringen, *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* daß die politische Konsensfähigkeit der anderen Parteien schon sehr in Frage gestellt ist und wirklich auf eine harte Probe gestellt wird. Ich möchte Ihnen aber heute etwas ganz Aktuelles mitteilen - ich habe es heute aus dem Internet abrufen lassen - vom Humaninstitut, das eine aktuelle Umfrage in Kärnten gestartet hat, nämlich daß als Zentralergebnis dieser Umfrage gewertet wird, daß 72 Prozent der Kärntner Bevölkerung daran interessiert sind, das Müllproblem in Selbstverantwortung zu lösen. 82 Prozent der Menschen sehen das Müllentsorgungsthema vernetzt, im Zusammenhang mit einer gesamtökologischen Lösung, verknüpft mit den wirtschaftlichen technologischen und sozialökonomischen Standortentwicklungen. *(2.Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Das möchtest Du auch haben? - Vors.: Redezeit!)* Aber Herr Kollege Freunschlag! Jetzt lese ich eigentlich das vor, was sich die Bevölkerung von verantwortungsbewußten Politikern erwartet, daß die Müllverbrennungslösung generell ein Symbol für die ganzheitliche ökologische Umwelt- und Technologie *(Zwischenruf des Herrn Vorsitzenden)* Selbstwert- und Selbstwertverständnis der Menschen ist. Verdrängen, verschieben und vergraben kann hier keine Alternative sein. Und das ist im Moment doch ein bißchen aus der Politik der FPÖ abzulesen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Hoher Landtag! Wenn der Herr Kollege Wutte am Anfang von Enttäuschung gesprochen hat, so darf ich ihm nun die meine mitteilen: Sie haben kürzlich sogar einen Sonderlandtag angekündigt - zum Thema Restmüllbehandlung, haben für heute das Thema gewählt, mit "Zukunft der Restmüllbehandlung", haben sich aber leider nur in der Vergangenheit und da mit alten Hüten aufgehalten.

Ich darf daher zu den Fakten kommen.

Tatsache ist, daß aufbauend auf dem was die Frau Landesrätin bereits gesagt hat, die Vergabeentscheidung und auch die Auftragserteilung ausschließlich und einzig und allein durch die KEV zu erfolgen hat. Das Land und damit die Politik hat sich dabei jetzt nicht einzumischen und zwar deshalb, weil die Gefahr von Schadenersatzforderungen der Bieter viel zu groß wäre. Das Vergaberecht gilt nicht nur für die Bediensteten der einzelnen Institutionen, es gilt genauso auch für die politischen Entscheidungsträger. Das heißt also, auch hier lauert die Gefahr von Schadenersatzforderungen der Bieter. Und wenn man sieht, was die einzelnen Bieter bereits an Aufwendungen getätigt haben, das geht sicher in die zig-Millionen, so ist es den Steuerzahlern gegenüber nicht vertretbar, hier vielleicht einseitig die Spielregeln zu ändern oder die Ausschreibungsunterlagen nachzubessern. Es handelt sich hier um ein Verhandlungsverfahren und dabei ist auch der Auftraggeber gebunden. Also noch einmal: die Besitzer des Mülls, die die Hoheit über den Müll haben, die Gemeinden, die Abfallwirtschaftsverbände und damit deren Zusammenschluß in der KEV sind am Zug!

Die Bindungsfrist für die Ausschreibung - wenn wir schon von den Fristen reden und in die Zukunft schauen - besteht bis zum 31.12.1998. So lange hat die KEV auch die Möglichkeit, das Verhandlungsverfahren mit den einzelnen Anbietern zu führen.

Ein Thema wird sehr gerne groß herausgestrichen, das ist die Standortfrage. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Standortfrage ist nur eines von sechs Kriterien in dem ganzen Ausschreibungsverfahren. *(Abg. Schiller: Aber das wichtigste!)* Ich weiß, das ist plakativ, ist

Dipl.-Ing. Gallo

vielleicht das Interessanteste, aber lassen Sie mich auch dazu etwas sagen. Es hat bereits eine Präqualifikation von Standorten gegeben. Das haben wir von Landesseite aus gemacht. Weil auch heute vom Standort Arnoldstein die Rede war, so ist es interessant, daß dieser Standort Arnoldstein dort nicht enthalten ist. (*Zwischenruf des Abg. Schiller.*) In der ersten Liga war Arnoldstein sicher nicht.

Damit komme ich zu einem sehr wichtigen weiteren Punkt: Das ist die Umweltverträglichkeitsprüfung, die auch noch ins Haus steht. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch in die Zukunft blicken und einmal zur Diskussion stellen, ob es wirklich sinnvoll und notwendig für das Land ist, die Standortverordnung bereits vor der Umweltverträglichkeitsprüfung zu machen. Dies deshalb: Geht die Umweltverträglichkeitsprüfung negativ aus, könnten auch daher Schadenersatzforderungen kommen, denn das Land hat das ja vorher verordnet. Ich gebe das zu bedenken.

Ein zweiter Punkt ist bei der Umweltverträglichkeitsprüfung wichtig: Die Frau Landesrätin ist sozusagen zumindestens im UVP-Verfahren "politische Verhandlungsleiterin". Daher ist die Gefahr des Vorwurfes möglicher Befangenheiten sehr groß, so daß auch aus diesem Grund in der jetzigen Situation für das Land eine große Zurückhaltung eher am Platze ist.

Meine Damen und Herren, wir sehen jetzt sehr viele Plakate, auf denen steht: "Wir sind Europa!" Gerade bei diesem Thema vermisse ich bei der SPÖ und bei der ÖVP den Europagedanken insofern, als wir ja Europarecht einzuhalten haben. (*Zwischenruf des Abg. Schiller.*) Das sind in erster Linie die Dienstleistungsrichtlinien, die Gebote der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und der Gleichbehandlung. Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß Europarecht gilt und alle möglichen Floskeln, die in eine Ausschreibung hineinkommen und die vielleicht einen Freiraum für politische Entscheidungen schaffen sollen, in diesem Falle nichtig sind.

Lassen Sie mich zum Schluß kommend unseren Standpunkt noch einmal verdeutlichen: Wir sind für Konsens, aber wir unterscheiden Konsens von Packelei. Wir stehen auf der Seite der

Bürger, der Menschen in unserem Lande, denn diese müssen das, ob sie wollen oder nicht, auch bezahlen. Uns geht es letztendlich um angemessene und zumutbare, leistbare und verkraftbare Gebühren. Das steht über allen Dingen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Daneben fordern wir eine maximale Ökologie, eine Verbesserung der Gesamtsituation, aber auch die Umweltverträglichkeitsprüfung mit der Bürgerbeteiligung und vorher die Volksbefragung. Das ist unsere Linie und an der werden wir auch weiterhin festhalten. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt als nächster LR Dr. Sickl das Wort.*)

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Hoher Landtag! Es sei mir erlaubt, auf einige Aussagen meiner Vorredner hinzuweisen. Wenn der Kollege Schiller gesagt hat, er habe in der Budgetdebatte 1997 betont, es solle das Müllverbrennungsthema kein Wahlkampfthema werden und es sei bis jetzt nichts geschehen, so darf ich dir darauf antworten, daß seit damals die KEV am Werk ist und ich nur warten konnte, um das Ganze ins richtige Licht zu rücken. Du hast mich auch aufgefordert, das Spiel zu beenden und den Standort zu fixieren. Du weißt ganz genau, daß das nur die Verbände können und daß sie es laut EU-Fristen bis 31. 12. ... (*Abg. Schiller: Das ist nicht wahr! Die Standortbestimmung erfolgt durch die Kärntner Landesregierung in der Verordnung!*) Ich darf gleich darauf eingehen: Du hast gesagt, daß der Zug derzeit steht. Da muß ich sagen, der Zug steht derzeit bei den Verbänden, aber ganz richtig. Ich rüge die Verbände nicht, denn sie müssen die Fristen einhalten und sie werden durch Zuschlag den Bestbieter und damit den Standort fixieren.

Wenn das gewünscht ist, muß ich doch noch auf das Thema eingehen: Es ist Ende Mai von den Verbänden eine Präsentation erfolgt, in der es geheißen hat: Vergabeempfehlung, wir werden den Bestbieter nennen. Es hat sich dort gezeigt, daß zwei gleichwertige Varianten dargelegt wurden und in der guten Meinung, es sei tatsächlich die Präsentation der Bestbieter, wurde das Land aufgefordert, seine Präferenz in einem Wunsch

Dr. Sickl

zu äußern. Das hat das Land getan und sich für Arnoldstein ausgesprochen. Es hat im Regierungsbeschluß den Wunsch festgehalten, den Standort Arnoldstein weiter zu überprüfen und zu verfolgen. Am 22. Juli gab es in einer Verhandlung, die aufgrund der Beschwerde eines nicht zum Zuge gekommenen Konkurrenten erfolgt ist, die Aussage der KEV, daß es sich bei der Präsentation am 25. Mai nicht um die Bestbieterpräsentation, sondern lediglich um eine Pressemitteilung gehandelt habe. Daraus hat sich ergeben, daß sich das Land faktisch in ein laufendes Verfahren eingeschaltet hat. Das Land hat sich darauf sofort zurückgezogen und gesagt: Wenn es sich um ein laufendes Verfahren handelt, dann sollen die Verbände dieses Verfahren fortsetzen, das Land wird dann den Bestbieter mit dem dazugehörigen Standort akzeptieren. Das ist die derzeitige Situation.

Zum Kollegen Wutte möchte ich sagen: Wenn er gefordert hat, ich möge endlich die Kooperation mit den Verbänden herstellen, dann darf ich sagen: Mit den Verbänden gibt es keine Mißhellichkeiten, sondern eine gemeinsame Vorgangsweise, die von mir voll unterstützt und auch finanziert wird.

Wenn der Kollege Wedenig hier sagt, die Frau Sickl solle sich doch für ein biologisch-mechanisches Verfahren entscheiden, weil das das billigste sei, dann muß ich ihm mit zwei Sätzen antworten: Erstens, wir haben ganz klar auch in unserer Studie herausgebracht, daß die biologisch-mechanische Behandlung nicht die billigste, sondern teurer ist, und zweitens dürfen wir nicht alle so scheinheilig tun, als sei die biologisch-mechanische Behandlung eine Alternative zur Verbrennung, denn sie ist lediglich eine Vorbehandlungsstufe, Kollege Wedenig. Dadurch verteuert sie das ganze Verfahren, weil wir mehrere Behandlungsschritte finanzieren müssen. Wie Sie wissen, wird nach biologisch-mechanischer Vorbehandlung nicht unbedingt in einer hochmodernen Restmüllverbrennungsanlage mit ganz geringen Emissionen verbrannt, sondern meistens in der Industrie, vor allem in der Zementindustrie. Da gibt es eine eigene Zementindustrieverbrennungs- und -emissionsverordnung, mit der wesentlich höhere

Grenzwerte vorgeschrieben sind, das ergibt daher eine wesentlich höhere Umweltbelastung. Das geht genau in die Ecke der Grünen und jener, die glauben, die biologisch-mechanische Methode sei die billigere und vor allem die umweltfreundlichere und sanftere. Dem ist nicht so.

In diesem Sinne darf ich aber trotzdem für die vielen Beiträge danken, weil aus ihnen trotz vieler unsachlicher Kritik und vieler sachlich falscher Behauptungen für mich einstimmig hervorgeht, daß alle in Kärnten besorgt sind, daß wir tatsächlich im Jahre 2004 eine ordnungsgemäße Verbrennungsanlage stehen haben. In diesem Sinne möchte ich betonen, daß wir vielleicht in manchen Kleinigkeiten Erklärungs- und Entscheidungsbedarf haben, aber daß es grundsätzlich eine gemeinsame Vorgangsweise, Sorge und den Wunsch von uns allen gibt, daß wir einen optimalen Standort finden, der dann sicherstellt, daß für den Kärntner Bürger die Restmüllverbrennung möglichst ökologisch und kostengünstig durchgeführt werden kann. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Den Vorsitz hat inzwischen 3. Präs. Dr. Wutte übernommen, der als nächstem Abg. Stangl das Wort erteilt.)

Abgeordneter Stangl (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Wenn eingangs der Aktuellen Stunde Präsident Wutte gesagt hat, Vizebürgermeister Peterle wird eine messerscharfe Entscheidung liefern, dann darf ich fragen: Wo liegt letztlich die Kompetenz? Wenn er das sagt und es stimmt, er ist beauftragt, ist er entweder zuständig oder er maßt sich etwas an, wo er nicht zuständig ist. *(Abg. Schiller: Das ist deine Aussage!)* Wir wissen, daß die Abfallverbände zuständig sind und als deren Vertreter der Obmann Vizebürgermeister Peterle fungiert. *(Zwischenruf: Stadtrat!)* Stadtrat, entschuldige. Im April 1997 wurde es im Parlament Gesetz, daß 2004 die Deponien geschlossen werden. Das wurde nicht vorher beschlossen. Wenn ich eine Zeitrechnung anstelle, ist seitdem für Ausschreibung und andere wichtige Dinge ein Jahr vergangen. Das ist nicht ein allzu großer

Stangl

Zeitraum für ein so großes und wichtiges Projekt, um Sachlichkeit walten zu lassen.

Dabei stehe ich absolut auf der Seite der Verbände, die letztlich die Vertreter der Gemeinden und jener Bürger sind, welche in letzter Konsequenz die Kosten zahlen. Daher ist es auch richtig, die Standortfrage vorzugeben, wie Sie der Meinung sind, Herr Schiller, sondern sehr wohl den Bezählern und deren Vertretern die Entscheidung zu überlassen, wo nach gegebenen Voraussetzungen die Anlage hinkommen soll, (*Abg. Schiller: Vor eineinhalb Jahren hast du ganz anders geredet!*) denn die Standortfrage ist eine Kostenfrage. Das gebe ich zu, ich war einer der Bürgermeister, der sich aus sachlichen Überlegungen auch darum beworben hat. Ich hätte die Anlage heute noch gern, ich bekenne mich dazu, denn tausend Hausbrände eliminieren und gegen eine Müllverbrennung eintauschen ist umweltökologisch ein gutes Geschäft. Das wissen wir alle.

Lassen wir das Kind im Dorf, denn zuständig sind die Verbände und wir sollen das Resultat abwarten. Wenn heute die Aktuelle Stunde zu diesem Thema stattfindet, so kann das nur zum Anlaß genommen werden, die Verbände aufzufordern, raschest ihre Entscheidung zu präsentieren, denn dann wäre allen gedient. Den Standort verordnen ist ein anderes Problem als den Standort aussuchen. Aussuchen werden ihn nach einer Kostenberechnung die Verbände, verordnen wird ihn dann die Frau Landesrat oder die Regierung. Das sind wieder zwei verschiedene Dinge, die man sachlich auseinanderhalten muß.

Weil hier ein Standort öfter genannt wurde, noch eines dazu: Ich erachte es schon als Aufgabe einer Frau Landesrat, auch die Bürger zu vertreten, damit sie von einem Konzern, Verband oder wie immer man das nennen will, nicht über den Tisch gezogen werden, sondern sehr wohl nach bestmöglichen Gesichtspunkten ökologischer Art vertreten werden und auch ihnen Hilfestellung gewährt wird. Bei aller Sachlichkeit kann man mit dem Verlauf der Dinge zufrieden sein und es bleibt wirklich nur übrig, Herrn Stadtrat Peterle aufzufordern, endlich seine Entscheidungen, die Entscheidungen der Verbände hier bekanntzugeben, damit wir verordnen können. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt als nächster Abg. Ott das Wort.*)

Abgeordnete **Ott** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die Abfallwirtschaft in Kärnten arbeitet nach drei Grundsätzen: vermeiden, verwerten, vorbehandeln. Die zuständigen Politiker sollen sich in ihrer Verantwortung auch nach diesen drei Grundsätzen halten. Vermeiden von parteipolitisch bedingten Verzögerungen, beschäftigt sich doch der Kärntner Landtag schon seit zirka fünf Jahren mit diesem Thema. Die meisten Kolleginnen und Kollegen, die hier sitzen, werden den Beschluß vom 9. März 1995 mitgetragen und mitgestimmt haben. Das kann man im Protokoll nachlesen, ich möchte ihn nicht zitieren. (*Den Vorsitz übernimmt wieder I. Präs. Unterrieder.*)

Zu vermeiden gewesen wären aber auch nach meiner Meinung die Lobbyingaktionen, die Sie, Frau Dr. Sickl, zu den unzähligen Pilgerreisen zu Siemens und zur Thermoselect veranstaltet haben, und zwar immer mit der Überschrift "innovative Verfahren", die außer Spesen eigentlich nicht viel gebracht haben. (*Abg. Schretter: Die waren schon sehr aufschlußreich, muß ich sagen!*) Sie haben Verzögerung gebracht, weil Sie vielleicht aufs falsche Pferd gesetzt haben oder gesetzt wurden. (*LR Dr. Sickl: Es ist dadurch zu keinster Verzögerung gekommen, wie ich in meiner Chronologie dargelegt habe! Das ist nämlich nebenbei gegangen! - Abg. Schretter: Nachhilfestunde gib ihr nach der Sitzung!*) Danke. Darf ich jetzt weiterreden? Wird mir das jetzt von meiner Redezeit abgezogen oder bleibt es bei den fünf Minuten? (*Vors.: Frau Abgeordnete Ott, ich bitte weiterzureden. An der Zeit kann ich nichts ändern!*)

Nun zur Behandlung: Wie wird der Kärntner Müll behandelt? Liebe Frau Dr. Sickl, Sie waren dabei, als jene Schweizer Firma, die heute schon mehrmals genannt wurde, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ökoling!*) ja genau, der von den Fachleuten eigentlich die Kompetenz und die korrekte Vorgangsweise in dieser Frage abgesprochen wird, öffentlich eine

Ott

Vergabeempfehlung verkündet hat, Es war eine Empfehlung, die dann wieder keine Empfehlung sein durfte, weil sie keine Empfehlung war. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Pressemitteilung!*) Das fällt eigentlich unter Vermeiden. (LR Dr. Sickl: *Dafür kann aber ich überhaupt nichts!*)

Das fällt eigentlich unter "vermeiden". (LR Dr. Sickl: *Dafür kann ja ich nichts!* - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Daran ist Zernatto schuld!*) Verwertet kann und soll dennoch werden! Und da, glaube ich, geht kein Riß durch unsere Fraktion, wie das der Herr Wedenig gesagt hat, (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Daran ist eindeutig der Landeshauptmann schuld. Der hat Sie herausgefordert!* - Vorsitzender: *Am Wort ist die Frau Abgeordnete Ott, bitte!*) am zustande gekommenen Dreiparteienkonsens bezüglich eines Standortes, der heute auch schon mehrmals genannt wurde. Dieser erste Schritt hat meiner Meinung nach zu lange gedauert. Die nachfolgenden Schritte müssen schneller erfolgen! Die Politik (die Kärntner Landesregierung) hat eine klare Entscheidung zu treffen! Ansonsten soll sich meiner Meinung die Politik von wirtschaftlichen Vorgängen fernhalten!

Die politisch motivierten Einmischungen gehen immer zum Nachteil der Kärntnerinnen und Kärntner, weil weniger Transparenz, weniger Effizienz und höhere Kosten die Folge sind. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Das ist eine Watschen für das vorher Gesagte!*) Unsere Landsleute erwarten sich zu Recht, daß wir - und das möglichst rasch! - jene Rahmenbedingungen schaffen, damit die Müllentsorgung erstens klaglos funktioniert, zweitens das Prinzip "vermeiden vor verwerten, vor behandeln" eingehalten wird und drittens hierfür alle entsprechenden Umweltauflagen eingehalten oder sogar unterschritten werden und dadurch viertens niedrigste Gebühren über einen langen Zeitraum garantiert werden.

Am 1. Januar 2004 werden die Hausmülldeponien geschlossen. Am 1. Januar 2004 muß es eine funktionierende Müllverbrennungsanlage geben: im Interesse aller Kärntner Bürgerinnen und Bürger! (Beifall von der ÖVP-Fraktion. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Zahlen wir das in Euro?*)

(Der Vorsitzende erteilt LR Dr. Sickl das Wort.)

Landesrätin **Dr. Sickl** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Kollegin Ott! Ich muß doch noch auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Erstens haben Sie gesagt: "... vermieden hätten werden sollen ... parteipolitische Verzögerungen." Ich sehe eigentlich keine parteipolitischen Verzögerungen - von keiner Seite! - (Abg. Schiller: *Wohl, vom Dr. Haider!*) die unsere Chronologie irgendwo verlangsamt hätten. (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Aber geh! Der hat beschleunigt. Der beschleunigt alles!*)

Ich muß mich doch auch zu der Behauptung melden, durch unsere Informationsfahrten mit vielen Gemeindemandataren, interessierten Bürgern und auch Müllverbrennungsgegnern sei es zu einem Lobbying gekommen; einem Lobbying für Thermoselekt und für das KWU-Schmelbrennverfahren.

Wissen Sie, warum wir so oft nach Wilplingen bei Ulm gefahren sind? - Weil diese winzige, kleine Anlage, die die Firma Siemens dort errichtet hat, einmalig in Europa ist und für den Laien transparent und nachvollziehbar die einzelnen Verbrennungsschritte vorexerziert. Das war beispielhaft und das war äußerst lehrreich für alle, die sich das angeschaut haben. Und das war der Grund, Frau Abgeordnete, daß ich mit so vielen Bussen dorthin gefahren bin (2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: *Mit Hunderten!*) und immer selbst meine Zeit eingesetzt habe. Denn nur durch diese Anlage, durch diese Versuchsanlage war die Müllverbrennung transparent und nachvollziehbar für jeden Laien vorzuführen. Wenn Sie in eine Großanlage gehen, die heute industriell funktioniert, dann ist alles eingehaust, und der Laie sieht eigentlich überhaupt nicht, was dort passiert. Deswegen sind wir dorthin gefahren. Das ist ein innovatives Verfahren. Ein weiteres innovatives Verfahren, um den Ausgleich zu haben, war eben dann der Besuch bei der Firma Thermoselekt in Verbania.

Das waren die Gründe! Ich habe jedenfalls kein Interesse, Lobbying für irgendeine Firma zu machen, da es ja gar nicht in meiner Kompetenz ist, die Firma dann auszusuchen. Aussuchen muß ja die Firma aufgrund des Objektivierungsverfahrens durch das Schweizer

Dr. Sickl

Büro, dann die KEV. Darauf haben ich überhaupt keinen Einfluß! Daher hat es überhaupt keinen Sinn, ein Lobbying zu machen.

Ich möchte dazu sagen, daß niemand der Firma Ecoling eigentlich die Kompetenz abgesprochen hat und es in keiner Weise irgendwelche politischen Einmischungen gegeben hat.

Ich darf auch Sie voll im dem unterstützen, was Sie gesagt haben: daß es im Interesse des Kärntner Bürgers notwendig sein wird, daß wir eine Anlage bauen sollen, die ökonomisch und ökologisch die Günstigste ist. Und das werden wir haben! Denn eine moderne Müllverbrennungsanlage bedeutet für den Standort eine absolute Schadstoffsenkung durch Auskoppelung von Wärme und Ersetzung von Industriewärme, wo man zum Beispiel Heizölschwer ersetzen kann. Einzelfeuerungsanlagen von bis zu 1.200 Haushalten können damit ersetzt und fernwärmeversorgt werden. Dadurch kann es eindeutig zu einer Luftverbesserung an diesem Standort kommen.

Daher stehe ich dafür, daß es ökologisch für keinen Standort ein Nachteil sein wird, eine Müllverbrennungsanlage zu bekommen. Und wir haben ja jetzt schon die Zahlen klar auf dem Tisch: daß es auch ökonomisch die günstigste Lösung sein wird. Denn dieses Zwischenergebnis hat uns ja gezeigt, daß es für den Bürger, für den Haushalt pro Jahr zu (*Vorsitzender: Redezeit!*) 180 Schilling Mehrkosten für die Müllverbrennung kommen wird. Durch das Vermeiden der Kunststoffsammlung - wo jede Tonne heute

20.000 Schilling in der Entsorgung kostet; das ist ein ökologischer und ökonomischer Wahnsinn - wird ein Ausgleich erfolgen, so daß man sagen kann: Es werden die Kosten (grob) gleich bleiben wie sie heute sind, wenn wir eine Müllverbrennungsanlage haben. (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde. Für die heutige Sitzung haben sich der Herr Abgeordnete Dr. Großmann und der Herr Abgeordnete Mitterer entschuldigt. Der Landtag ist beschlußfähig!

Hohes Haus! Die heutige Landtagssitzung ist eine sogenannte Sondersitzung oder, nach der Geschäftsordnung, richtigerweise eine sogenannte verlangte Sitzung; da gemäß § 44 Abs. 2 Kärntner Landtagsgeschäftsordnung der Präsident verpflichtet ist, eine Landtagssitzung innerhalb einer Woche einzuberufen, wenn dies mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtages verlangt. Es haben dies acht Abgeordnete der FPÖ getan, weshalb ich die Sitzung geschäftsordnungsgemäß einberufen habe.

Da keine verhandlungsreifen Tagesordnungspunkte aus den Ausschüssen vorliegen, kommen wir gleich zur Mitteilung des Einlaufes.

Mitteilung des Einlaufes

Die Abgeordneten der FPÖ, die die Sitzung verlangt haben, haben angekündigt, einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Neugestaltung des Kolig-Saales einzubringen. Dies ist geschehen. Es liegen darüber hinaus von anderen Fraktionen weitere Dringlichkeitsanträge vor. Alle Dringlichkeitsanträge kommen in der Reihenfolge ihres Einlangens, entsprechend der bisher in dieser Frage geübten parlamentarischen Usance zur Behandlung.

Ich ersuche den Schriftführer um die Mitteilung des Einlaufes!

Direktor **Dr. Putz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Einlauf der heutigen Landtagssitzung besteht bisher aus vier Dringlichkeitsanträgen und einem Antrag von Abgeordneten.

A. Dringlichkeitsanträge:

Dr. Putz**1. Ldtgs.Zl. 436-7/27:**

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung und der Präsident des Kärntner Landtages werden aufgefordert,

1. zu überprüfen, ob das in Realisierung befindliche Projekt der Ausgestaltung des Kolig-Raumes mit dem von der Jury beurteilten Projekt ident ist;
2. bis zum Vorliegen dieses Ergebnisses einen Baustopp bei der Ausgestaltung des Kolig-Raumes zu verfügen und
3. dem Kärntner Landtag darüber einen schriftlichen Bericht vorzulegen.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit fünf Minuten beträgt. Die mehrmalige Redezeitinanspruchnahme ist von den Damen und Herren Abgeordneten in der Begründung der Dringlichkeit möglich.

Als erster hat sich zur Begründung der Dringlichkeit Abgeordneter Klubobmann Dr. Strutz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Kollegen Abgeordnete! Ich appellierte an Sie, die Entscheidung, Cornelius Kolig mit der Gestaltung des Sitzungssaales im Kärntner Landtag zu betrauen, nochmals zu überdenken! Es ist dies eine Entscheidung, die gegen den Wunsch und Willen einer überwiegenden Mehrheit der Kärntnerinnen und Kärntner, unserer Bevölkerung, getroffen wurde.

In wenigen Tagen haben mehr als 15.000 Kärntnerinnen und Kärntner durch ihre Unterschrift gegen diese Vorgangsweise protestiert. Die Flut an Leserbriefen, die in den Redaktionsstuben eintrifft, kommentiert einerseits, daß der Justa-

mentstandpunkt, den vor allem die SPÖ in dieser Frage einnimmt - ich bin aber verwundert, daß auch die ÖVP heute einen Antrag einbringt, der die Umsetzung dieses Projektes beinhaltet -, daß diese Meinung den Menschen in Kärnten zutiefst zuwider ist und andererseits die veröffentlichte Meinung, die uns linke Blätter und parteipolitisch agierende Tageszeitungen oktroyieren wollen, bei weitem nicht mit der öffentlichen Meinung übereinstimmt.

Deshalb, Herr Präsident, darf ich Ihnen hier auch beispielgebend - und es werden noch viele tausend Unterschriften folgen - die Petition der eingebrachten freiheitlichen Abgeordneten symbolisch überreichen.

Hoher Landtag! Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung ist daher ein Überdenken der Kolig-Entscheidung mehr als gerechtfertigt. Cornelius Kolig hat gegenüber der Öffentlichkeit und in Medien erklärt, sein ursprünglich eingereichtes und von einer Jury beurteiltes Werk abändern zu wollen; er wolle ein politisches Mahnmal errichten. An der Stirnseite des Saales sollen künftig die Worte "Tat und Ort, Tatort" prangen: als subtiler Hinweis auf die Fäkalkünstlerdebatte und die "Kronenzeitung". So Kolig in der "Presse" vom 20. 8. 1998.

Das Land Kärnten hat aber mit Cornelius Kolig einen Vertrag über die Ausführung des Werkes geschlossen. Gegenstand dieses Vertrages ist das von der Jury ausgewählte und beurteilte Projekt. In diesem Vertrag wird ausdrücklich festgehalten, Hoher Landtag, daß alle Abänderungen oder Ergänzungen des ursprünglichen Projektes genehmigt werden müssen; ja sogar einer schriftlichen Genehmigung bedürfen. Das bedeutet: Ein einseitiges Abgehen vom ursprünglichen Projekt, wie es Kolig vorhat, um einen politischen Aktionismus zu setzen, ist nicht möglich. Änderungen muß der Eigentümer (das Land Kärnten, der Landtag) genehmigen. Dies ist auch die Meinung des vom Land beauftragten Rechtsanwaltes, der die Vereinbarung gestaltet hat. Selbst der Sprecher der Jury, Peter Weiermaier, erklärte: "Kolig muß Änderungen mit der Landesregierung als Auftraggeber absprechen." Zitat vom 22. 8. 1998. Das Kuriose ist, daß keiner der Entscheidungsträger - weder

Dr. Strutz

die Kulturabteilung beim Amt der Kärntner Landesregierung, der Kulturreferent, die Mitglieder der Landesregierung noch Sie als Abgeordnete - tatsächlich weiß, was Cornelius Kolig letztlich im Landhaus verwirklichen wird. "Ich werde auf jeden Fall im Landhaus reagieren! Es ist meine einzige Möglichkeit, Stellung zu nehmen.", sagt er.

Wer sich die Arbeit und Werke Cornelius Kolig's in der Vergangenheit angesehen hat - heute haben wir eine Anfragebeantwortung zur Kenntnis nehmen müssen, wo die Kulturabteilung einen mit Urin gefüllten Wanderstab im Jahre 1996 angekauft hat -, gerade wer diese Fäkalwerke kennt, der weiß und muß feststellen, daß diese Aussage nur als eine "gefährliche Drohung" gewertet werden kann.

Wir Freiheitlichen lehnen diese Form der politischen Agitation, der bewußten Provokation und des Mißbrauchs von Steuergeldern auf das Entschiedenste ab! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Deshalb, Hoher Landtag, geschätzte Kollegen, stellen wir auch den Dringlichkeitsantrag, daß die Landesregierung und der Präsident des Kärntner Landtags aufgefordert werden zu überprüfen, ob das in Realisierung befindliche Projekt der Ausgestaltung des Kolig-Raumes mit dem von der Jury beurteilten Projekt ident ist. Bis zur Vorlage dieses Ergebnisses, bis wir wissen, was hier eigentlich tatsächlich verwirklicht wird, ein Baustopp bei der Ausgestaltung des Kolig-Raumes verfügt wird und dem Kärntner Landtag, den Eigentümern, den Abgeordneten, darüber einen schriftlichen Bericht vorzulegen.

Ich ersuche Sie, meine sehr geehrten Kollegen, im Sinne dessen, daß Sie als Vertreter des Volkes auch den Willen und den Wunsch der Kärntner Bevölkerung zu respektieren und zu akzeptieren haben, diesen Dringlichkeitsantrag zu unterstützen und die Entscheidung, die mehrheitlich in der Landesregierung getroffen wurde, nochmals zu überdenken! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trunk das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Kollegen und Kolleginnen! Die Faktenlage ist eine andere: dort, auf meinem Tisch. Ich habe es nicht verabsäumt, sondern unterlassen, die Fakten hier zu präsentieren, die allemal dicker sind als die Unterschriftenmappe. Aber erlauben Sie mir zunächst einmal angesichts dieses Dringlichkeitsantrages meinen Respekt auszusprechen; meinen Respekt vor dem Präsidenten des Kärntner Landtages für die Art und Weise, die Behutsamkeit des Umganges in der Frage der Gestaltung des Kolig-Saales und meinen Respekt vor allem aber auch vor dem Kulturreferenten und seiner Haltung.

Der Kulturreferent Michael Ausserwinkler hat in der Frage der Gestaltung des Koligsaales, bei der Auftragsvergabe, ohne daß er dazu verpflichtet ist, ohne daß er es muß, ohne daß dies vorgeschrieben ist, den Landtag einbezogen. Zweitens: Er hat die Kompetenz des Kulturremiums, das gesetzmäßig vorgesehen ist, respektiert und geachtet. Und er hat nach dem Akt der Mißachtung des Kulturremium wieder in Funktion und Kompetenz gesetzt.

Drittens: Er hat sogar - und das wurde auch in der Öffentlichkeit nicht einhellig positiv bewertet - den Wunsch der FPÖ nach Ausschreibung der Gestaltung des Koligsaales respektiert. Michael Ausserwinkler hat respektiert, daß eine Jury von Parteien nominiert, eingesetzt wird. Michael Ausserwinkler hat den Juryentscheid respektiert. Daß es aber weder um Demokratie, noch um Kunst und Kultur, geschweige denn um fachliche historische Bezüge in der Gestaltung des Koligsaales geht, ist nicht eine Vermutung. Den Beweis hat leider - und ich sage jetzt noch - eine andere FPÖ, außerhalb des Kärntner Landtages, in der kürzeren Vergangenheit selbst erbracht.

Es geht in den Erklärungen der Abgeordneten im Kärntner Landtag bisher nicht um die Freiheit der Kunst, die Sie meinen - wie aus dem Protokoll nachzulesen ist - sondern es geht um die Freiheit der Kunst, die eher meint, mittlerweile wahrscheinlich unterstützt und inspiriert von einer Freiheit der Kunst die Hans-Jörg Schimanek formulierte in einem anderen Zusammenhang, indem er meinte: "Wir werden

Mag. Trunk

nicht bestimmen, was Kunst ist und was nicht. Aber das ist keine Kunst." Und so handelt unter der Anleitung Hans-Jörg Schimaneks - bekannt auch außerhalb Österreichs - Jörg Haider.

Geschätzter Kollege Klubobmann Strutz! Anders als diese von mir sehr behutsam formulierte Darstellung, ist ihre Aussage nicht zu erklären. Und ich meine es wortwörtlich und weiß auch, was Sie gemeint haben, auch wenn ich es aus dem Zusammenhang herausnehme, wenn Sie sagen: Formuliert wurde in der Klubobmännerkonferenz schriftlich, daß sämtliche Mitglieder der Obmännerkonferenz, der Sie angehören, sich verpflichten, die Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben in späterer Folge hinzugefügt, daß Kritik natürlich erlaubt ist. Das ist auch erlaubt.

Zweitens: Herr Zweiter Präsident Freunschlag, ich zitiere Sie - Sie sind Mitglied dieser Präsidiale und Obmännerkonferenz. Jörg Freunschlag wörtlich: "Es geht uns nicht um Herunterwürdigung eines Künstlers. Wir Freiheitlichen setzen uns für ein freies Kulturklima in diesem Lande ein. Wir mißbilligen auf das schärfste die Verfolgung von Künstlern, das Abschlagen und Vernichten von Kunstwerken." Eines haben Sie damals in Anspielung auf meine Wortmeldung gesagt. Man soll nicht in den Raum stellen, daß hier ein Künstler an den Pranger gestellt wurde von den Abgeordneten dieses Hauses. Bis zum damaligen Zeitpunkt hatten Sie Recht. Und Sie haben weiter ausgeführt: Niemand, zumindest von den Freiheitlichen, hat Cornelius Kolig an den Pranger gestellt. Das galt bis zum 8. Juli 1998. Am 10. Juli 1998 war alles anders. Da erklärte nämlich Jörg Haider - der sich nicht hereingesetzt hat, um hier mitzureden und zu gestalten, sondern außerhalb geblieben ist - Koligs Kunst ist menschenverachtend. Sein Projekt eine Art der Schweinerei. Und das Zitat mit seinen Glaubensproblemen, die er dabei hat, erspare ich mir selbst, weil ich das nicht einmal über die Lippen bringe. (*Vors.: Redezeit!*)

Herr Präsident und Herr Klubobmann! Sie sind auf die Straße gegangen und haben sich beteiligt an einer Menschenhatz und einer Künstlerhatz. Sie haben dabei Zusammenhänge hergestellt. Sie haben Cornelius Kolig in den Zusammenhang von Kinderschändern, Pornographie gestellt und

Sie haben ihn einen Fäkalkünstler genannt. 15.000 Unterschriften haben Sie erhalten. Heute haben Sie gesagt, die überwiegende Mehrheit der Kärntner Bevölkerung - das ist nicht die Mehrheit von 560.000. Diese Menschen, die unterschrieben haben, haben sich auf Ihre Information verlassen. Sie haben aber nicht das Koligprojekt präsentiert. Und Sie werden die Verantwortung für die Emotionalisierung, für die Radikalisierung tragen. Denn jener Mensch, der heute hier gedroht hat - und ich kann diese Wette fast eingehen, obwohl ich ihn Gott sei Dank nicht kenne - hat das Projekt Cornelius Kolig sicher nicht gekannt. (*Vors.: Redezeit!*) 11.000 ... Herr Präsident, Sie haben recht, ich nehme von meinem Recht, mich noch einmal zu Wort zu melden, Gebrauch. Dankeschön. (*Hef-tiger Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Wutte das Wort.*)

Dritter Präsident Dr. Wutte (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben von Anfang an, glaube ich, alle miteinander gewußt, seit es den Antrag auf die Neugestaltung des Koligsaales gegeben hat, daß es sich dabei um ein sehr sensibles Thema handeln wird. Wir haben etwas nicht erraten können, aber vielleicht der eine oder andere im Hintergrund, daß es zum Punkt der Auseinandersetzung werden wird. Das ist etwas, was wir grundsätzlich nicht haben wollten und jedenfalls seitens der Volkspartei nicht angestrebt haben und das auch weiterhin nicht tun. Denn gerade in grundsätzlichen Fragen, in sensiblen Fragen des Landes - und die Kulturpolitik gehört dazu - wir jedesmal unseren Beitrag insofern einbringen wollen, um das Gemeinsame vor dem Trennenden zu suchen und den breitestmöglichen Weg des Konsenses zu beschreiten. Dabei hat es auch von uns die Versuche und das Bestreben gegeben, die damals vorbereitenden Schritte des Kulturreferenten in eine Ebene zu führen, daß wir eben nicht alleine einen Vorschlag seitens der Regierung bekommen, sondern durchaus auch einen gesunden Wettbewerb unter den frei eingeladenen, als offenen Wettbewerb gestaltenden künstlerischen Wettbewerb auszuschreiben.

Dr. Wutte

Es war auch die Freiheitliche Partei, die das vehement gefordert hat. Wir haben uns gemeinsam in diesem Saal dazu bekannt. Ich erinnere nochmals daran, daß es nicht einmal in den Präsidialsitzungen der Fall war, sondern mehrmals, daß alle Beteiligten - und ich möchte das wirklich noch einmal in Erinnerung rufen - ausdrücklich erklärt haben, daß das was immer herauskommen möge, akzeptiert wird. Dieser demokratische Grundkonsens, der damals noch alle drei Parteien erfaßt hat, hat sich dann nur noch auf zwei Parteien beschränkt, weil es dann vielleicht einen etwas kühleren Wind gegeben hat und weil man gemeint hat, die Fahne etwas anders hängen zu müssen und hat sich vorzeitig verabschiedet. Unser Grundkonsens an dem Projekt, das die Jury als Siegerprojekt bewertet hat, ist daher aufrecht. Ich sage das ganz bewußt und ganz deutlich.

Wir seitens der Kärntner Volkspartei sagen, wenn ein demokratisch gewählter Weg eingeschlagen wird, dann ist es ein Akt der Fairneß, der Glaubwürdigkeit in der Demokratie und der Anständigkeit, der manchmal auch im politischen Diskurs als Begriff strapaziert wird, zu diesem Wort das man in der Demokratie gegeben hat, dann auch zu stehen. Unser Wort im Zweiparteienkonsens der es dann war, gilt für das als Siegerprojekt hervorgegangene Projekt. Dieses Projekt wird derzeit realisiert. Wir sehen offenbar die ersten Ansätze. Was wichtig ist - und darauf legen wir auch Wert - ist, daß genau dieses Projekt umgesetzt wird. Das heißt, daß wir das Siegerprojekt haben wollen und daß das künstlerische Konzept - um welches es uns geht - das hier als Siegerprojekt hervorgegangen ist, seine Realisierung findet. Sowie man manchen Kritikern vorwerfen kann, nachträglich sozusagen Öl ins Feuer zu gießen, so sollte es von anderer Seite nicht versucht werden. Das ist von uns auch eine klare Aussage. Wir meinen, daß es eine ganz klar definierte künstlerische Ausgestaltung gegeben hat und die Jury hart darüber gerungen hat, zu befinden, was das beste Projekt ist und hat gesagt, wir wollen die künstlerische Ausgestaltung in dieser Form.

Dazu bekennen wir uns, das bleibt aufrecht. Und daher unser Appell: Der Appell in erster Linie an jene, die sich mit dem Grundprojekt, wie es als Siegerprojekt hervorgegangen ist, nicht

identifizieren können, das gemäß den demokratischen Spielregeln und Grundsätzen zur Kenntnis zu nehmen. Der Appell an den ausgestaltenden Künstler mit seinem Team, sich an dieses als Gewinner hervorgegangene Konzept zu halten. Dieses Konzept zu realisieren. Das ist für uns bedeutsam und wir werden auch in unserem Antrag darauf hinweisen, daß es uns darum geht, hier die Linie nicht zu verlassen. Das künstlerische Gedachte nicht zu verlassen und hier keine zusätzlichen Implikationen besonderer Prägung zu suchen, sondern im Rahmen dessen, was als künstlerischen Entwurf gewählt wurde, das auch zu realisieren. Die Einhaltung dieses Konzeptes verlangen wir und um diese Einhaltung des Konzeptes ersuchen wir auch den Kulturreferenten hier die Verantwortung wahrzunehmen. Wir appellieren mit diesem, unseren Antrag darauf, daß der Kulturreferent jetzt in der Umsetzung dieses Projektes darauf achtet, daß das Projekt, das eingereicht wurde, auch tatsächlich von seinem Konzept her realisiert wird. Ein Appell auch an alle anderen Parteien, bei diesem, ich glaube, sehr vernünftigen mit Augenmaß bedachten, als Vorgangsweise durchaus mehrheitsfähigen Weg, mitzugehen, weil wir meinen, in dieser Stunde das zu realisieren, was demokratischen Beschlüssen zugrunde liegt, hier einen klaren geraden Weg zu gehen und hier nicht durch andere Dinge und durch andere Diskussionen Emotionalitäten zu schaffen, Probleme zu schaffen, die eine zusätzliche Belastung des Klimas erzeugen, die in der emotionalen Aufschaukelung vielleicht das Gegenteil von dem bewirken, was wir an sich wollten. Wir wollten einen künstlerisch gestalteten Koligsaal. Wir wollten gemeinsam einen Wettbewerb, wir wollten gemeinsam eine Jury. (*Vors.: Redezeit, bitte!*) Lassen wir das Projekt, das das Siegerprojekt ist, in diesem als Siegerprojekt erkannten Modell Realität werden. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Abgeordnete **Mag. Trunk** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Kollegen und Kolleginnen! Nach den Ausführungen des Herrn Präsidenten Wutte, kann ich nur hinzufügen, daß ich mich in der Diskussion den Äußerungen des ÖVP-Parteibornes und Landeshauptmann

Mag. Trunk

Christof Zernatto voll anschließen kann, der am 15. Juli dieses Jahres meint: "Es ist eine Frage des Selbstwertgefühls, daß man einen anerkannten Künstler nicht durch eine Kampagne am Opferstein des Populismus opfert. Man muß den Mut haben, Entscheidungen zu treffen, auch solche, die man intensiv erklären muß." Und dann weiter zur Juryentscheidung: "Daß das Ergebnis der Jury nicht in das politische Weltbild der FPÖ paßt." Ich ändere knapp ab, des Jörg Haider paßt. Was ist diesem Menschen, der auch von außen agitiert hat, gelungen? Nur eines: Die FPÖ-Abgeordneten, die hier über lange Strecken versucht haben konstruktiv mitzugestalten, hat er entmündigt. Er hat ihnen ihre Entscheidungskompetenz abgenommen. Alle ihre Erklärungen, die sie hier im Sinne der Freiheit von Kunst und Kultur abgegeben habe, für null und nichtig erklärt.

Und nun zu den Fakten betreffend der sogenannten "Abänderung". Bestandteil der Begründung der Jury zur Vergabe der Arbeiten im Koligsaal an Cornelius Kolig ist eine Passage ganz am Ende, die letzten zwei Zeilen. Ich zitiere: "In technischer Hinsicht sind Korrekturen notwendig (Fenster), die jedoch nach Überzeugung der Jury ohne Beeinträchtigung des künstlerischen Konzepts durchführbar sind." Der Künstler Cornelius Kolig hat dieser Forderung der Jury entsprochen und hat es künstlerisch mit den beiden Titeln "TAT" auf der einen Seite und "ORT" auf der anderen Seite, umgesetzt. Er hat der Forderung der Jury entsprochen und es liegt auch schriftlich die Stellungnahme der Jury zu dieser sogenannten Abänderung vor, die da lautet: Nach Begutachtung der von der Jury geforderten Überarbeitung der Fensterwand des Koligsaales, ist sie der Auffassung, daß die vorgeschlagene Lösung hinsichtlich der historischen Bezugnahme (TAT 1938) in sich schlüssig ist und von der Jury akzeptiert wird. Ausschließlich tagespolitische Bezüge (ORT 1998) sollten vermieden werden. Ich darf hinzufügen, daß es allerdings ein Jurymitglied gibt, das diese Rücknahme des Begriffes "ORT" nicht teilt, sondern die Umsetzung von "TAT" und "ORT" einfordert.

Das heißt, daß Sie mir erlauben, politisch zu diesen beiden Begriffen Stellung zu beziehen. Erstens: Es ist mir und der SPÖ-Fraktion nicht

möglich, die Abschlagung der Fresken des Anton Kolig 1938 nicht als verheerende politische Tat anzusehen. Zweitens: In diesem Saal wurden grauenvolle Taten initiiert und beschlossen, weil dieser Saal zwischenzeitlich auch das Hauptquartier von Gauleiter Rainer war. Es fehlt also der SPÖ-Fraktion hier das Verständnis dafür, daß "TAT" und "ORT" nicht einen tatsächlichen historischen Bezug haben und daher werden wir der Dringlichkeit beider Anträge nicht die Dringlichkeit zuerteilen. Dankeschön. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt 2.Präs.Dipl.-Ing. Freunschlag das Wort.)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorweg einmal allen jenen, die sich nicht unmittelbar mit der Kunstszene befassen, doch einen Hinweis geben über jenes Kunstverständnis, das es auch in dieser Zeit gibt. Und ich möchte zur Erinnerung verlesen und zitieren:

"Ich ficke Babys, es wimmelt von Babys, alle da, seit jeher greif ich ins Gewimmel, fisch mir eins, fick's, werf es zu den anderen zurück, alle Nacht, mal erwisch ich ein Männchen, mal ein Weibchen, oh, es kommt nicht darauf an, Ringfinger oder Kleiner Finger decken die Kerbe im Fleisch, der Mittelfinger, das Poloch, die Fontanelle, der zahnlos speichelnde Mund, wo dring ich ein, wo rutsch ich rein, die mir entgegen aufgerissenen Poren, mein keuscher Ehrgeiz, ertasten, erobern, jede Babypore ein Loch fürs Leben" - Zitat Ende.

Mein Damen und Herren! Ich habe das absichtlich hier in diese Diskussion eingefügt, da wir doch die Diskussion in einem größeren Zusammenhang sehen müssen. Und Frau Abgeordnete Trunk, wie ich mich erinnere, waren Sie es, die in Vertretung des damaligen Kulturreferenten jenen sogenannten Künstler Urs Allemann geehrt haben. *(Abg. Mag. Trunk: Ja, einer Juryentscheidung folgend.)* Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben eine Meinung, aber ich nehme mir das Recht auch für mich heraus, auch eine Meinung zu haben. Und Sie haben sich hier

Dipl.-Ing. Freunschlag

erregt, weil andere auch eine Meinung haben. Und ich möchte hier dem Hohen Hause noch einmal ganz deutlich klarmachen, welche Position wir Freiheitlichen in dieser Frage und in der Frage unseres Kunstverständnisses einnehmen. Wir sind für die Freiheit der Kunst. Dazu stehen wir. *(Beifall von der Frau Abg. Mag. Trunk und Dipl.-Ing. Dr. Traußnig.)* Aber, meine Damen und Herren, ich füge hinzu, die Freiheit der Kunst hat dort seine Grenzen, wo die Menschenwürde mißachtet wird und religiöse Gefühle verletzt werden. Dazu stehen wir. Und ich glaube, hier befinden wir uns doch in einem weiten und großen Einverständnis.

Ich gehe weiter. Wir sind aber auch für die Freiheit der Künstler. Das wird ja dort und da nicht gern gehört. Und ich stelle fest, daß die Freiheit der Künstler im Rahmen des Wettbewerbes, nach den Informationen, die wir haben, nicht gewährleistet war. Und das bedrückt mich ganz besonders, weil die Nicht-Gewährleistung der Freiheit der Künstler erinnert mich an unselige Zeiten, die hier immer wieder zitiert werden. *(Zwischenrufe im Hause.)*

Und der dritte Punkt, meine Damen und Herren, wir stehen auch für die Freiheit der Kritik. Und ich weise alle Kritik zurück, die dahin lautet, daß jemand der etwas anderes sagt wie der Zeitgeist, faschistoid, rückständig, nazistisch und was weiß ich was alles ist. Das ist der Unterschied, daß wir auch für die Freiheit der Kritik sind. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Und es soll heute, meine Damen und Herren, in unserem Lande möglich sein, daß jeder seine Meinung sagt, ob es so ist oder so, sie ist zu respektieren. Aber es darf nicht soweit gehen, daß eine andere Meinung jetzt in dieser Form heruntergewürdigt wird.

Und vierter Punkt, Frau Abgeordnete Trunk, es gibt auch Spielregeln, wenn es darum geht, Wettbewerbe abzuführen. Und ich bedaure es, daß unsere gemeinsame Aktion im Kärntner Landtag, an der Spitze mit Herrn Präsidenten Unterrieder, unfair unterlaufen wurde. Wir sind davon ausgegangen, daß es einen fairen Wettbewerb aller Künstler geben wird. Daß alle Kärntner Künstler diese Chance ergreifen werden. Und meine Damen und Herren, leider ist dieser Ausgangspunkt, diese Voraussetzung,

von der wir alle ausgegangen sind, nicht eingetreten *(Vors.: Redezeit!)* Man hat hier im Wettbewerb Absprachen getätigt, Künstler überredet, nicht am Wettbewerb mitzutun, wir wurden getäuscht. *(Abg. Mag. Trunk: Beweise? Abg. Schiller: Das ist eine böswillige Unterstellung)*

Und nun, meine Damen und Herren, sind wir mit der Tatsache konfrontiert, daß eine Veränderung des Projektes vorgenommen wird. Wenn Sie Absprachen und Veränderung nach der Anbotseröffnung in der Wirtschaft machen, ist das ein krimineller Akt. Ich meine, die gleichen Spielregeln sind auch von der Kunst-Clique, die uns heute weismachen versucht, was Kunst sein soll, einzuhalten. *(Vors.: Herr Präsident, die Redezeit bitte.)* Ich werde mich noch einmal zu Wort melden. Dankeschön, Herr Präsident. Ich habe auch noch einen zweiten Teil hinzuzufügen, weil mir dieses Thema so wert ist, daß man es auch ausdiskutieren soll. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Wedenig das Wort.)

Abgeordneter **Wedenig** (ohne Parteizugehörigkeit):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Wenn ich bei meiner heutigen Wortmeldung in der Aktuellen Stunde davon gesprochen habe, daß der Riß im sogenannten Müllkonsens quer durch alle drei Landtagsparteien geht, so kann ich nunmehr sagen, daß es leider auch einen Riß im Kulturkonsens durch alle drei Landtagsparteien gibt. Man hat mir nämlich mitgeteilt, daß der Dringlichkeitsantrag der FPÖ von SPÖ und ÖVP abgelehnt wird und jener der ÖVP von SPÖ und FPÖ. Also auch in diesem Bereich ein zerstrittener Haufen. Eine weitere Tat, von diesem Ort ausgehend, das Vertrauen der Kärntner Bevölkerung in die Politik zu beschädigen und weiter zu schmälern. Als einziger unabhängiger Abgeordneter warne ich eindringlich vor weiteren parteipolitischen Mißbräuchen. Der Großteil der Kärntner Bevölkerung wünscht es. *(Abg. Schiller deutet auf die FPÖ: Da ist die Adresse!)* Herr Abgeordneter Schiller, dir darf ich folgendes sagen: Du hast uns hier im Kulturausschuß ver-

Wedenig

sprochen, daß wir das Projekt dann sehen werden. Bis heute habe ich nichts gesehen. (*Abg. Schiller: Wenn du nicht da warst!*) Herr Abgeordneter Schiller, ich höre andauernd, in der Obmännerkonferenz wurde das einstimmig beschlossen. Ich bin in der Obmännerkonferenz nicht vertreten. Und das ist wieder einmal ein Zeichen, wie man im Kärntner Landtag mit einer Minderheit umgeht. Weil man in der Obmännerkonferenz nicht vertreten ist, braucht man ihm nichts zu zeigen, braucht man ihn nicht zu fragen. Und Sie werden nach der nächsten Landtagswahl sehen, daß Sie mit einer Minderheit auch noch anders umspringen werden müssen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag das Wort.*)

Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke für das Verständnis, daß ich meine Rede noch kurz beenden kann. Ich fasse zusammen. Da es keinen fairen Wettbewerb gegeben hat, die Freiheit der Künstler aus unserer Sicht, nach den Informationen die wir haben, nicht gegeben war und Absprachen vor der Abgabe der Entwürfe stattgefunden haben. Es ist meines Erachtens das Recht des Auftraggebers, wohl das Jury-Ergebnis anzuerkennen, zur Kenntnis zu nehmen, aber den Auftrag nicht zu vergeben. Denn ich meine, daß trotz der von uns aufgezeigten Tatsache das Land Kärnten leider darauf verzichtet hat, ein besseres Ergebnis aus einem gut und wohl vorbereiteten Wettbewerb zu erzielen. Ich möchte hier doch auch nachfragen, welche Rolle hier der Herr Kulturreferent des Landes gespielt hat und spielt. Mir ist es nicht ganz klar, ob er ein billiges Werkzeug der Zeitgeister ist, ein ahnungsloser Laie oder zu Lasten des Steuerzahlers gezielt provozieren möchte. Herr Kulturreferent, ich würde gerne erfahren, welche Rolle Sie heute in Kärnten in der Kunstszene als Kulturreferent spielen. Und ich meine, daß der Vertrag, der zwischen dem Land und dem Künstler vereinbart wurde, eingehalten werden muß und daß hier auf jeden Fall diese Frage zu prüfen ist.

Und nun an die Adresse des Künstlers noch ein paar Worte. Die Äußerung Koligs, die freie Diskussion über Kunst in Kärnten - und das Recht steht uns ja allen zu, jedem Bürger - mit totalitären Regimen und Verfolgung von Künstlern zu vergleichen, das ist für mich eine ungeheure Entgleisung eines Staatsbürgers und eine Beleidigung aller Demokraten, die eine eigene Meinung haben, sie aussprechen und auch das freie Wort in Anspruch nehmen. (*Zwischenrufe Abg. Koncilia. Abg. Schiller hält ein Schriftstück in der Hand: Was ist denn das? Ist das eine Liebeserklärung oder Beleidigung?*) Herr Klubobmann Schiller, wenn es in diesem Lande nicht mehr gestattet ist, eine offene Auseinandersetzung, die auch vom Künstler selbst im nachhinein provoziert wurde - ich verzichte auf die Aussagen die ihr hier auch in Richtung der Freiheitlichen getätigt habt - ohne daß wir ihn zum damaligen Zeitpunkt persönlich angegriffen haben, daß diese Vorgangsweise (*Zwischenrufe im Hause.*) - Herr Klubobmann Schiller, wenn es so weit ist, daß man über ein solches Thema nicht mehr offen reden darf und auch keinen gegenteiligen Standpunkt mehr vertreten darf und ein Künstler ist eben ein Provokateur und er muß damit rechnen, daß andere ihn nicht verstehen und ihn auch provozieren, das muß in einer Demokratie ausgehalten werden, dann ist es um diese Demokratie schlecht bestellt. Und ich fordere den Künstler Kolig heraus, zu seinem Werk, der sogenannten Fäkalkunst zu stehen. Es ist ja nichts Schlechtes, sich zu seinem Werk zu bekennen. Er soll dazu stehen, (*Lärm im Hause.*) er soll sich dazu bekennen. (*Vors.: Herr Präsident, Ihre Redezeit geht wieder zu Ende.*) Wenn er sich dazu nicht bekennt, dann soll er sich davon lösen.

Und meine Damen und Herren! Abschließend darf ich noch einmal festhalten, daß Kunst, die Diskussion um die Kunst in diesem Lande sicher weitergeführt werden muß und sich nicht in dieser Frage verbeißen darf. Die Künstler und die Kunst darf nicht ein Spielzeug einer linken Zeitgeistschickeria werden, die heute nachweislich auch parteipolitisch instrumentalisiert wird. Wir lassen uns nicht vor diesen Karren spannen, wollen eine eigene Meinung positionieren. Und wir sagen nein zur Verwirklichung dieses Projektes. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Dipl.-Ing. Freunschlag

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Dr. Traußnig**
(FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich persönlich bin auch mitschuldig an dieser Debatte. Aber, wie ich glaube, im positiven Sinn. Und zwar deswegen, weil ich zu leichtfertig damit einverstanden war, daß die Letztentscheidung über die künstlerische Ausgestaltung des Koligsaales nicht von uns Abgeordneten hier im Hohen Hause selbst entschieden werden sollte, sondern an eine Jury delegiert wurde. Und jetzt liegt ein Produkt mit Billigung dieser Jury vor, das nicht die Zustimmung aller Mitglieder des Hohen Hauses trägt. Aus meiner Sicht braucht Kunst keinesfalls allen zu gefallen und darf ohne weiteres, wie es Herr Cornelius Kolig in seinem Interview mit der Kleinen Zeitung am 28. Feber 1998 gemeint hat, "betroffen machen und packend sein". Sie darf sogar, wie er sagt, er zitiert dort einen gewissen Bruce Naumann: "so sein, als würde man mit dem Tennisschläger einen Schlag ins Gesicht kriegen". Ich bin nicht grundsätzlich dagegen, aber die Kunst darf und dies ist der hier entscheidende Punkt aus meiner Sicht, die Grenzen ihrer Freiheit in ethischer und religiöser Sicht nicht überschreiten. Und das tut sie. Ich ersuche daher alle, keine Angst vor der öffentlichen Diskussion in diesem Hohen Hause zu haben und die Dringlichkeit vielleicht unter dem fadenscheinigen Vorwand, sie wäre nicht vorhanden, zu unterbinden.

60 Jahre hat es gedauert, bis der Koligsaal verschönert wird und jetzt soll es auf 15 Tage ankommen. Ich lade insbesondere die Abgeordneten der ÖVP als ehemalig christlichsozialer Volkspartei ein, *(Abg. Schiller: Der Heimatblock!)* der Dringlichkeit zuzustimmen. *(Lebhafte Zwischenrufe im Hause.)* Diese Dringlichkeit liegt meines Erachtens ... *(Weitere lebhafte Zwischenrufe und Lärm im Hause.)* Herr Präsident, Sie werden das ja dazurechnen. *(Vors.: Fünf Minuten, so wie jeder.)* Ich kann nicht reden, wenn Sie nicht für Ordnung sorgen. *(Vors.: Die Redezeit gilt für*

alle gleich. Herr Abgeordneter, ich bitte zu sprechen. Ich bin nicht in Tarvis!)

Diese Dringlichkeit liegt meines Erachtens darin, daß der Entwurf von Cornelius Kolig seiner Verwirklichung entgegengeht und in einem Punkt, nämlich hinsichtlich seines Kruzifixus, die religiösen Gefühle von Menschen verletzt. Die von ihm gewählte Urform des Kreuzes, nämlich die T-Form, stellt in Verbindung mit dem nackten Unterleib eines Mannes nach Ansicht der überwiegenden Anzahl der Kärntnerinnen und Kärntner den gekreuzigten Jesus und nicht einen drachenfliegenden Kosovokämpfer dar. Selbst der sachverständige Kunstkritiker Erwin Hirtenfelder ist bei seinem vorerwähnten Interview mit Cornelius Kolig von einem Kruzifixus und nicht einer fliegenden Schachtel ausgegangen.

"Aber noch wäre Zeit, den schwerwiegenden Angriff auf Gottesverehrung und Menschenwürde abzuwehren." Dies ist ein wörtliches Zitat unseres Bischofs Egon Kapellari. Er hat gemeinsam mit dem Kardinal Schönborn am 7. Juli zum Mysteriumtheater von Hermann Nitsch gesagt, und dies gilt auch hier: "Die Freiheit der Kunst ist ein hohes Gut, mit dem sensibel umzugehen ist. Die Freiheit der Kunst darf ethische und religiöse Schranken nicht überschreiten. Ein Mißbrauch der religiösen Symbolik ist ein schwerwiegender Angriff auf die Gottesverehrung und die Menschenwürde und verletzt und empört daher katholische Christen. *(Anhaltendes lautes Läuten eines Handys. - Vors.: Ich bitte, das Handy abzustellen!)* Das Kreuz und der darauf Gekreuzigte dürfte als höchstes Zeichen des religiösen Glaubens der Christenheit nicht mißbraucht werden." Die unveränderte Fertigstellung dieses Projektes wäre daher in dem von mir genannten Punkt ein Affront gegenüber der großen christlichen Bevölkerungsmehrheit in unserem Bundesland und weit darüber hinaus. *(Vors.: Redezeit!)*

Ich hoffe, Cornelius Kolig wird sich dessen wenigstens jetzt bewußt werden und hat diese Provokation nicht vorsätzlich von vornherein gewollt. Wenn die Kärntnerinnen und Kärntner für das Werk von Cornelius Kolig bezahlen, dann haben sie zumindestens das Recht, daß

Dipl.-Ing. Dr. Traußnig

dieses Werk, wenn es ihnen schon nicht gefällt, sie wenigstens nicht zusätzlich noch in ihren religiösen Gefühlen verletzt und verhöhnt. (*Vors.: Redezeit, Herr Abgeordneter!*) Ein abschließender Satz: In Verantwortung für dieses Land für die Freiheit der Kunst ersuche ich als katholischer Abgeordneter des Hauses der Dringlichkeit die Zustimmung zu geben. Ich wende mich dabei auch insbesondere an den einen oder anderen Abgeordneten der Sozialistischen Partei. Ich bedanke mich. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten Platz zu nehmen. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab. Ich bitte jeden, seinen Platz einzunehmen. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Der Antrag wird dem zuständigen Kulturausschuß zugemittelt. Ich bitte um die weitere Mitteilung des Einlaufes.

Direktor **Dr. Putz:**

2. Ldtgs.Zl. 436-8/27:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten der ÖVP** mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:
Der zuständige Kulturreferent der Kärntner Landesregierung Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Michael Ausserwinkler wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß der zwischen dem Land Kärnten und dem Künstler Cornelius Kolig abgeschlossene Vertrag betreffend die Ausgestaltung des Koligsaales vom Künstler Cornelius Kolig tatsächlich eingehalten wird und daß das ursprüngliche künstlerische Konzept, welches im einstufigen Wettbewerb als Sieger von der Jury auserkoren wurde, umgesetzt wird.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Dritte Präsident Dr. Wutte gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen.

Dritter Präsident **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist immer wieder erstaunlich, wozu sich Kollege Traußnig aufschwingt, nämlich zum Retter des Abendlandes und zum Vorkämpfer von Kulturnationen. Das war irgendwo zwischen berührend und peinlich angesiedelt. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig und von der FPÖ-Fraktion.*) Ich möchte aber nicht Öl ins Feuer gießen. Wir haben Ansätze der Konflikte in der Kultur durchaus erkennen können. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig.*) Ich möchte danach trachten, daß wir die ganze Sache in ein ruhigeres Fahrwasser bringen.

Mit unserem Antrag, den Sie soeben auch dem Wortlaut her vernehmen konnten, wollen wir der Vertragstreue zum Durchbruch verhelfen. Es geht darum, daß wir zur Kenntnis genommen haben - ich habe das vorhin schon gesagt -, daß es eine Juryentscheidung gegeben hat, die wir gemeinsam haben wollten und der wir uns gemeinsam unterworfen haben. Wir stehen dazu, aber wir erwarten uns vom Herrn Kolig, vom Künstler dieses Projektes, Vertragstreue. Das heißt, das Projekt, das er eingereicht hat, soll er verwirklichen. Dieser Auftrag geht an den Kulturreferenten mit diesem Antrag. Ich lade nochmals alle Fraktion ein, dabei mitzutun.

Der Kollege Reichhold ist erschienen. Er hat schon öffentlich kundgetan, daß es hier sozusagen um eine "Mißbrauchsdebatte" geht, ob Kolig jetzt von der einen oder anderen Seite her mißbraucht und instrumentalisiert wird. Ich möchte da gar nicht weiter anmerken und von unserer Seite her dokumentieren, weil das zu nichts führt. Es führt auch die Debatte zu nichts, wenn man sagt, man gibt dem Künstler einmal einen Kulturpreis, hält aber alles andere, was er außerhalb des Landesarchives macht, für unerträglich. Auch diese Debatte sollten wir hier

Dr. Wutte

nicht weiterführen, weil sie alle jene entlarvt, die derartige Bemerkungen abgeben.

Tatsache ist, es gibt einen Juryentscheid und einen Vertrag und Auftrag, den Kolig zu erfüllen hat. Wir wollen, daß dieser Auftrag nach dem Sinne erfüllt wird. Warum, möchte ich noch in einem kurzen Satz sagen:

Es hat die Jury in ihrer Entscheidung festgehalten, daß es für die Künstler im Projekt eine Aufgabe gibt, die nicht ganz einfach umgesetzt werden kann, nämlich einerseits die Erinnerung an das historische Ereignis der Zerstörung der Fresken Anton Koligs wachzuhalten, andererseits eine künstlerische Gestaltung des Raumes vorzunehmen. Die Jury hat, wie sie es in ihrer Begründung am 2. Juli mitgeteilt hat, wörtlich gemeint: Beides ist schwer zu vereinen, die künstlerische Gestaltung des Raumes mit einem Modell, einer Vision und einem Projekt und die mahnmalartige Ausprägung eines Raumes. Daher war auch der Grundentscheid ausgehend von diesem ursprünglichen Projekt Koligs dann ein eindeutiger.

Die Jury hat von technischen Änderungen und Korrekturen gesprochen, die wir auch deshalb für notwendig halten, weil wir die Funktionalität, die Zugänglichkeit und die Belichtung durch die Fenster des Raumes aufrechterhalten wollen. Es geht um technische, aber nicht um künstlerisch-konzeptive Veränderungen des Projektes. Daher der Appell einerseits an den Künstler und andererseits an den Kulturreferenten, dem, was vertraglich vereinbart ist und was als Projekt eingereicht wird, von seiner künstlerischen Konzeption auch zum Durchbruch zu verhelfen. Vertragstreue ist gefragt, besonders in einer Demokratie! Ich darf Sie alle, werte Kolleginnen und Kollegen, ersuchen, diesen geraden Weg der Mitte mit uns gemeinsam zu beschließen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Klubobmann Schiller das Wort.)

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Die SPÖ wird diesem Antrag nicht die Dringlichkeit zuerkennen. Dies aus folgendem Grund: In der Begrün-

dung der Juryentscheidung ist die Möglichkeit offen gelassen, Korrekturen vorzunehmen. Es ist zwar hier von einer technischen Vorgangsweise die Rede, es gibt aber ein Schreiben, unterschrieben von Prof. Waiermayer vom 4. 9.: Nach Begutachtung der von der Jury geforderten Überarbeitung der Fensterwand des Koligsaales ist sie der Auffassung, daß die vorgeschlagene Lösung hinsichtlich der historischen Bezugnahme in sich schlüssig ist und von der Jury akzeptiert wird. Ausschließlich tagespolitische Bezüge sollten vermieden werden.

Nun habe ich heute vormittag ein Gespräch mit dem zuständigen Rechtsberater des Landes in dieser Causa geführt, der mir mitgeteilt hat, daß in dieser Sache Jury und Künstler maßgeblich sind. Diese Absprache hat stattgefunden, die Jury hat also dieser Änderung zugestimmt und deswegen ist aus der Sicht des Rechtsberaters des Landes ein Vertragsbruch, wie er hier angeführt wird, nicht zutreffend. Wir haben seinerzeit als Landtag einstimmig beschlossen, daß es eine Jury geben soll und haben es somit der Jury übertragen, einen Wettbewerb auszuschreiben, den Wettbewerb zu begleiten, sich die Projekte anzuschauen und die Projekte dann zu reihen. Diese Reihung ist erfolgt. Es gibt eine lange Geschichte dieser Causa Kolig, die 1996 begonnen hat und heute hoffentlich ihren Abschluß finden wird. Alle diese Schritte, die hier umgesetzt worden sind, fußen auf einstimmigen Beschlüssen.

Ich darf nur noch kurz einflechten, daß ich nicht nur das Gefühl habe, sondern es ist so, daß die Freiheitliche Partei Cornelius Kolig als Wahlkampfthema verwendet und hier eine Wahlkampfveranstaltung in diesem Landtag ohne Rücksicht auf Verluste durchführt. Wenn Sie, Herr Abgeordneter Traußnig, heute von religiösen Gefühlen oder irgendwelchen anderen humanitären Ebenen sprechen, dann muß ich sagen: Für das, was die Freiheitliche Partei im Zusammenhang mit Cornelius Kolig in den Medien aufgeführt hat, für diese Vorgangsweise fehlen mir die Worte, weil das war aus meiner Sicht wirklich etwas, was menschliche persönliche Gefühle zutiefst verletzt hat. Vom Ing. Reichhold ist gesagt worden, Cornelius Kolig sei ein Opfer des Dr. Ausserwinkler.

Schiller

Cornelius Kolig ist ein Opfer der Freiheitlichen Partei und der Denkweise dieser Partei. Wir werden dem Antrag der ÖVP nicht die Zustimmung geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Klubobmann Dr. Strutz das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Hoher Landtag! Auch wir werden dem Antrag der ÖVP keine Unterstützung geben. Die ÖVP verlangt die Umsetzung des von der Jury beschlossenen Projektes, dagegen sind wir. Wir wollen, daß dieses Projekt Cornelius Koligs nicht umgesetzt wird, weil der Wettbewerb den Grundregeln einer demokratischen Vergabe zuwidergelaufen ist. Die Frau Abgeordnete Trunk hat Beweise eingefordert, ich lese Ihnen nur drei Zitate vor, die der Ihnen bekannte Künstler Raimund Wukounig gesagt hat. Sie sind mit seiner Unterschrift dokumentiert. So wie diese Unterschrift in einer Schriftform dokumentiert ist, haben wir auch die Aussagen zweier weiterer renommierter Künstler, die uns händeringend gebeten haben, ihre Namen nicht zu nennen, da sie einem derartigen Druck in der Öffentlichkeit der sogenannten Kulturschickeria ausgesetzt sind. Wukounig sagt: Ich bedauere, daß es im Vorfeld dieses lächerlichen Kulturskandals rund um den Koligsaal im Klagenfurter Landhaus zu extrem ungleichen Wettbewerbsbedingungen gekommen ist. Er kritisiert - Sie kennen das Schreiben -, daß er zu Unterlagen nicht gekommen ist, obwohl er sich darum bemüht hat. Er sagt: Auch der Umstand der nachträglichen Ausschreibung signalisiert, daß es nicht darum ging, den richtigen Sinn für den richtigen Ort zu küren, sondern lediglich um die Wahrung und Bestätigung, eine bereits getroffene Wahl in einem demokratischen Licht erscheinen zu lassen. Er sagt weiter: Dem Diktat der verordneten Massensolidarität von seiten der Künstlerschaft und deren willigem Gefolge konnte und wollte ich mich aus oben angeführten Gründen nicht anschließen.

Das ist nur ein Beispiel eines Künstlers, der hier kraß benachteiligt wurde, der mit seiner Unterschrift dies bezeugt hat. Die anderen geben den Namen und ihre Unterschrift her, aber sie

wollen aus verständlichen Gründen aufgrund dieses Klimas, das offenbar in dieser linken Kulturschickeria herrscht, nicht in der Öffentlichkeit genannt werden. Diese Künstler muß man tatsächlich vor Verfolgung schützen. Das ist nur ein Beispiel, wie dieser Wettbewerb und auch die Jury mißbraucht wurde. Es ist ganz klar, die ÖVP und die SPÖ möchten Kolig im Landhaus verwirklicht haben, wir Freiheitlichen lehnen das ab. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Den Vorsitz übernimmt 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)*

(Der Vorsitzende erteilt als nächstem Redner 1. Präs. Unterrieder das Wort.)

Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Es erfüllt mich mit großer Traurigkeit, wenn ich für etwas Vorwürfe bekomme, was wir hier im Landtag gemeinsam in der Obmännerkonferenz auf die Schiene gebracht haben, nämlich die Durchführung dieses Wettbewerbes. Meine Mitarbeiter haben sich wirklich bemüht, sie haben angerufen und Künstler aufgefordert, zu kommen und mitzutun, damit eine breite Palette bei dieser Ausschreibung des Gesamtkunstwerkes für den Koligraum gegeben ist, was wir als Obmännerkonferenz eigentlich gewollt haben. Dann wird aus irgendwelchen kleinkarierten politischen Gründen unterstellt, daß das nicht korrekt über die Bühne gegangen sei. Das lasse ich auf meinen Leuten nicht sitzen! *(Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion.)* Das lasse ich aber auch nicht auf mir sitzen. Es war aber auch kein Vorwurf an mich von eurer Seite, das möchte ich auch gleich klarstellen. Ich habe mich in der ganzen Angelegenheit so korrekt wie möglich verhalten. Ich habe weder mit Künstlern gesprochen noch einen Kolig besucht oder sonst jemanden zu mir eingeladen, um in dieser Phase der Ausschreibung Gespräche zu führen, denn sie alle haben mir irgendetwas erzählen wollen, weil ich größten Wert darauf gelegt habe, das von meinen Mitarbeitern objektiv abgewickelt zu haben.

Der zweite Teil ist etwas, das mich auch zutiefst bewegt hat: Der Kolig-Saal in diesem Haus hat 1938 Geschichte gemacht, und wir tragen schon

Unterrieder

wieder dazu bei, daß ein Kunstwerk, das von der Jury einhellig vergeben worden ist, wieder in Frage gestellt wird. Und das, was man mit den Menschen in dieser Angelegenheit aufführt, das wird auch die Öffentlichkeit beurteilen. Die Öffentlichkeit wird auch das beurteilen, was ich vom Herrn Abgeordneten Traußnig gehört habe: ob das zutiefst gegen die religiösen Gefühle verstößt. Da wird der Herr Bischof anwesend sein, und wir werden diesen Saal gemeinsam mit dem Kulturreferenten anschauen. Diese Zusage gibt es! (*Abg. Dr. Strutz: Wann habt ihr das ausgemacht?*) Das heißt, die Gefahr wird nicht bestehen, daß wir in der Richtung irgendwelche Probleme hätten.

Nun das zweite, was ich noch sagen muß: Ich habe größtes Interesse als Präsident dieses Landtages - nachdem wir die Vorarbeit geleistet haben und die Regierung den Auftrag an einen Künstler vergeben hat -, daß der Kärntner Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, diesen Saal anzusehen und sich selbst ein Bild zu machen und selbst ein Urteil darüber zu fällen. Und da habe ich schon gar keine Angst in der Zukunft! Wir werden das auf jeden Fall für den 12. Oktober, nach den Feierlichkeiten zur Volksabstimmung, vorsehen. Es wird sicherlich noch öfters der Fall sein, daß wir diesen Saal aufmachen und der Öffentlichkeit zur Besichtigung freigeben, denn das Landhaus ist ein offenes Haus, und wir haben hier ständig Besuche. Das Volk, die Leute in Kärnten werden über die ganze Geschichte urteilen, die eigentlich unnötig stattfindet.

Ich glaube, daß wir im Land andere Sorgen haben. Andere Sorgen! Wir reden nicht über Beschäftigung; wir reden nicht über Arbeitslosigkeit! (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion*) Wir reden nicht über Bildungsmaßnahmen und sonstige Maßnahmen! Ich ersuche Sie alle - und Sie alle kennen mich! -: Kehren wir zur Arbeit zurück, und lassen wir das im Sinne der Juryentscheidung fertigstellen, wie es von vielen hier gefordert wird. Heute habe ich das erstemal gehört, daß ihr ohnehin dagegen seid, gegen dieses Projekt; so deutlich und klar wie noch nie! Danke! (*Beifall von der SPÖ- und von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Schwager gemeldet. Ich möchte feststellen, daß das heute ja ein zusätzlicher Arbeitstag des Landtages ist. Und das ist positiv!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Herren Präsidenten! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich bemüht gefühlt, mich zu diesem Thema zu Wort zu melden, weil Ungeheuerliches in diesem Hause passiert. In diesem Hause passieren Dinge, die eine Mehrheit gar nicht mehr haben will!

Es wird da draußen im sogenannten Kolig-Saal ein Kunstwerk vollendet, das von vornherein umstritten war, und das keine Zustimmung der Freiheitlichen in diesem Hause (zumindestens ein Drittel) finden wird. Zudem wird dieses Kunstwerk nicht so geschaffen, wie von der Jury angeordnet (*Heiterkeit im Hause. - Abg. Mag. Trunk: Angeordnet?*) und wie dann schlußendlich draußen ausgeführt. Es wird vielmehr noch etwas anderes hinzugefügt, so daß auch die ÖVP mit dem nicht einverstanden ist; wie ihr dringlicher Antrag hier ausweist. Es gibt daher nur mehr eine Minderheit der SPÖ, die das schlußendlich tragen wird.

Und da geht mein Vorwurf auch an das Präsidium dieses Kärntner Landtages, daß das aus der Hand ... (*Abg. Mag. Trunk: An den Freunschlag, an den Strutz!*) ... jetzt nicht mehr, vor allem auch der Herr Präsident, der es jetzt nicht mehr in der Hand hat, was da draußen gestaltet wird. (*Abg. Mag. Trunk: Wir leben in einer Demokratie! - Lärm im Hause*)

Dann möchte ich noch mit etwas aufräumen. Zwei Fragen möchte ich da einmal geklärt haben. Die eine ist: Die Fresken des Anton Kolig's sind in diesem Hause vor 60 Jahren von Vertretern der nationalsozialistischen Diktatur abgeschlagen worden. Die Frau Abgeordnete Trunk hat dann gesagt, daß es noch ein weiteres Bedenken gibt: Da draußen ist sieben Jahre ein Gauleiter Rainer gesessen. Diese sieben Jahre sind dann von den 60 abzuziehen - aber 53 Jahre

Schwager

gibt es in Kärnten eine Demokratie. Von diesen 53 Jahren, kann ich Ihnen mitteilen - und ihr werdet das alle selber wissen - hat durch 44 Jahre die SPÖ die Mehrheit in diesem Hause gehabt. Und da hat es keine Wiedergutmachung gegeben! (*Abg. Mag. Trunk: Wir sind ja gewählt worden!*) Dieser Vorsaal da draußen war dürftig ausgestattet! Und nach 60 Jahren - jetzt! - will man Cornelius Kolig, den umstrittenen Künstler und Enkel von Anton Kolig, damit beauftragen, weil man gegenüber der Familie Kolig Wiedergutmachung machen will. Da muß ich der SPÖ-Fraktion sagen: Das ist bei den Haaren herbeigezogen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

An den Präsidenten muß ich folgende Feststellung machen. Das soll keine Kritik sein, denn man soll die Präsidenten von hier aus nicht kritisieren. Ich muß aber feststellen, daß es in unserem Hause darum geht, wenn ein Kunstwerk gemacht wird, daß man doch schaut, einen Konsens aller Parteien herbeizuführen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Wir vertreten hier ein Drittel der Bevölkerung! (*Abg. Koncilia: Ihr habt ja nicht einen Konsens machen dürfen! - Lärm im Hause.*) Seit den letzten Wochen und Monaten wissen wir, daß wir in dieser Frage mehr als 90 % der Kärntner vertreten. Und wenn der Präsident und die Landesregierung nicht in der Lage sind, das zu berücksichtigen, dann liegt meiner Meinung nach dort die Schuld, daß es zu Emotionen in diesem Lande kommt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Koncilia: Du darfst ja nicht!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Schwager, ich möchte das Ganze nicht verlängern, aber du solltest das Kulturförderungsgesetz lesen, das der Kärntner Landtag beschlossen hat! (*Abg. Schiller: Einstimmig!*) Du solltest die Obmännerkonferenzprotokolle lesen, wo wir einstimmig die Vorgangsweise im Haus festgelegt haben! (*2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wir sind enttäuscht worden!*) Infolgedessen brauchst du mich nicht kritisieren, was den Präsidenten betrifft! Denn die Regierung ist das Organ, das über das Kulturreferat etwas zu vergeben hat. Wir haben

die Vorarbeiten geleistet, was die Jury, die Ausschreibung usw. anbelangt: in großer Einmütigkeit! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Traußnig: Herr Präsident, aber der Haider sitzt nicht in der Obmännerkonferenz! - Einzelbeifall aus der FPÖ-Fraktion.*) Ist ja wohl in Ordnung! Du schreist ohnehin im Hause. Das stört mich nicht besonders. Ich bin jetzt auch kein besonderer Waisenknabe, und ich kenne auch schon lange genug dieses Haus. Ich habe das jetzt nur angemerkt, um zu vermeiden, daß ich noch einmal ans Rednerpult gehen muß. Das ist eben nach dem Kulturförderungsgesetz abzuwickeln. Und das haben wir selber beschlossen!

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit! Der Antrag wird dem zuständigen Kulturausschuß zugewiesen.

Ich bitte um die weitere Mitteilung des Einlaufes!

Direktor **Dr. Putz:**

3. Ldtgs.Zl. 492-3/27:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß die Beiträge des Landes Kärnten zum Personal- und Sachaufwand der Landtagsklubs nicht zur Abdeckung des Finanzdebakels der niederösterreichischen FPÖ verwendet werden.

Der Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Klubobmann Schiller gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Schiller** (SPÖ):

Verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kärntner Landtag hat im Jahre 1991 ein Klubfinanzierungsgesetz beschlossen, um den Personal- und Sachaufwand der Landtagsklubs aus öffentlichem Geld sicherzustellen.

Im § 1 des Klubfinanzierungsgesetzes steht folgendes zu lesen: "Zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben haben die Klubs und Interessensgemeinschaften von Abgeordneten über die Geschäftsordnung des Kärntner Landtages einen Anspruch auf einen Beitrag des Landes."

Geschätzte Damen und Herren! Sie wissen hinreichend aus den Berichten und Ereignissen der letzten Wochen und Monate, daß die FPÖ-Niederösterreich in arger finanzieller Bedrängnis ist und daß FPÖ-Generalsekretär Westenthaler vor einigen Tagen bemerkt hat, daß zur Schuldentilgung der fast 400 Millionen Schilling auch andere Finanzierungsmöglichkeiten eingesetzt werden sollen. Es ist daher zu befürchten, daß unter Umständen auch indirekt Mittel des Landes Kärnten zur Finanzierung des niederösterreichischen Schuldendebakels eingesetzt werden könnten.

Um eine mögliche zweckwidrige Verwendung hintanzuhalten, ist die Landesregierung daher aufgerufen, entsprechende Maßnahmen zu setzen, dergestalt, daß sichergestellt wird, daß das Geld, das den Klubs hier in Kärnten zur Verfügung steht und zur Verfügung gestellt wird, hier im Lande bleibt und nicht für schuldenminimierende Maßnahmen eingesetzt wird.

Ich bitte Sie daher, diesem Antrag die erforderliche Dringlichkeit zuzuerkennen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Abg. Dr. Strutz das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir haben mit dem Inhalt und der Intention dieses Antrages kein Problem - auch wenn es der Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei noch so oft wiederholt. (*Abg. Dr. Ambrozy: Der Geschäftsführer!*) Die FPÖ-Kärnten hat

geordnete finanzielle Verhältnisse. Sie hat ihre Klubfinanzierung einem Steuerberater überantwortet, der über die Zweckmäßigkeit jederzeit einen Bericht vorlegen kann. Deshalb können wir dieser Intention und diesem Antrag jederzeit zustimmen.

Mir fällt allerdings auf, daß hier die finanziellen Mittel einer Partei überprüft werden sollen und daß hier die Finanzierung des Landtagsklubs überprüft werden soll bzw. wird hier gefordert, daß hintangestellt werden soll, wie die Beiträge zu verwenden sind.

Deshalb stellen wir Freiheitlichen ... (*Abg. Dr. Ambrozy: Wir wollen nicht, daß das in das niederösterreichische Finanzloch hineinrinnt! - Lärm im Hause.*) Wenn die Überprüfung einer Partei stattfindet, wenn die finanziellen Mittelflüsse der politischen Parteien überprüft werden sollen, dann bitte nicht nur der Landtagsklubs, sondern auch die Parteienfinanzierung. Denn die SPÖ, die ÖVP, diese Parteien erhalten dreimal soviel für die Klubfinanzierung für Personal- und Sachaufwand.

Deshalb bringen wir den Zusatzantrag ein, daß für die Mittel, die nach dem Kärntner Parteienförderungsgesetz den drei im Landtag vertretenen Parteien überantwortet werden, die Abdeckung hier überprüft wird, daß es zu einer widmungsgemäßen Verwendung kommt - und nicht zur Abdeckung von Finanzdebakeln von Parteien.

Das, was hier von seiten der SPÖ beantragt wurde, soll für alle drei Parteien gelten. Wir beantragen hier auch die Überprüfung der Parteienfinanzierung selbstverständlich der SPÖ und der ÖVP. Das soll alles schonungslos offengelegt werden! Wir haben damit kein Problem. Wir ersuchen Sie, diesem Zusatzantrag ebenfalls zuzustimmen! (*LHStv. Ing. Reichhold: Alles andere wäre ja verdächtig! - Abg. Dr. Strutz will den Antrag überreichen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich bitte, den Zusatzantrag in der Debatte einzubringen! Du kannst ihn jetzt, in der Anfragebeurteilung, nicht einbringen. Gib ihn mir dann!

Unterrieder

Als nächster hat sich Klubobmann Sablatnig zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Mein Vorredner, Klubobmann Strutz, hat offensichtlich eines übersehen: Der Antrag geht ganz klar in die Richtung festzustellen, ob Mittel aus der Klubförderung in Kärnten in Niederösterreich zur Schuldendeckung eingesetzt werden. Und das betrifft keine politische Partei außer die Freiheitliche Partei! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Woher weißt du denn das?*)

Wenn man Zeitungsberichte der letzten Zeit verfolgt hat, hat man zwei Dinge feststellen können. Erstens gibt es einen Riesenskandal, einen Riesenskandal in der Zweiten Republik, den die Freiheitliche Partei zu verantworten hat. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion - Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Es gibt Aussagen von prominenten freiheitlichen Funktionären, die sagen, daß der Herr Dr. Haider rechtzeitig in diese ganze Causa eingebunden war. Er war informiert! Und jetzt versucht man, alle Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, alle Möglichkeiten bis hin zu einer Sondersitzung dafür zu verwenden, daß man vom freiheitlichen Parteiproblem ablenkt. Ich glaube, daß diese Überprüfung, ob die freiheitlichen Landtagsklubsmittel nach Niederösterreich gehen, zu Recht bestehen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion. - 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wir sind ohnehin dafür. Was willst du denn?!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. - Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Ich bitte, Platz zu nehmen! (*Zwischenruf von LHStv. Ing. Reichhold*) Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Reichhold, es erfolgt der Abstimmungsvorgang. Bitte! (*LHStv. Ing. Reichhold: Entschuldigung!*) Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen!

Zur Debatte hat sich Klubobmann Dr. Strutz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Hoher Landtag! Wir stellen gemäß § 61 Abs. 1 der Geschäftsordnung den Zusatzantrag: Die Landesregierung wird weiters aufgefordert sicherzustellen, daß sämtliche Beiträge des Landes Kärnten an die Landtagsklubs gemäß dem Klubfinanzierungsgesetz an die im Landtag vertretenen Parteien gemäß dem Kärntner Parteienförderungsgesetz widmungsgemäß und nicht zur Abdeckung von Finanzdebakeln von Parteien verwendet werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Nachdem das eine die ordnungsgemäße Verwendung der Klubfinanzierungsmittel betrifft, ist der zweite Antrag eigentlich ein eigener Antrag: "Die Landesregierung wird weiters aufgefordert sicherzustellen, daß sämtliche Beiträge des Landes Kärnten an die Landtagsklubs gemäß dem Klubfinanzierungsgesetz an die im Landtag vertretenen Parteien gemäß dem Kärntner Parteienförderungsgesetz ..." Das ist ein zweiter Bereich.

Dieser Antrag ist ja auch allgemein gehalten. Daß man schaut, wie die Klubmittel nicht nur einer Partei verwendet werden. Anlaß war natürlich ... (*Zwischenruf von 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) Ich lasse einmal über den ersten Antrag abstimmen. Über die Dringlichkeit haben wir ja abgestimmt. (*Unruhe im Hause.*) Und jetzt bringe ich den Antrag der SPÖ zur Abstimmung. Wer dem SPÖ-Antrag, der diskutiert worden ist und die Dringlichkeit erhalten hat zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke, damit ist dies ein Antrag. Und jetzt gibt es die Abstimmung über den Zusatzantrag. Ich darf ihn noch einmal vorlesen.

Gemäß § 61 Abs. 7 stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden Zusatzantrag.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Unterrieder

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, sicherzustellen, daß sämtliche Beiträge des Landes Kärntens an die Landtagsklubs gemäß dem Klubfinanzierungsgesetz und an die im Landtag vertretenen Parteien gemäß dem Kärntner Parteienförderungsgesetz widmungsgemäß und nicht zur Abdeckung von Finanzdebakeln von Parteien verwendet werden.

Ich lasse jetzt über diesen Zusatzantrag abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit und ist damit abgelehnt. *(Es herrscht Unklarheit über diese Abstimmung.)* Die FPÖ und der Abgeordnete Wedenig hat, damit das für das Protokoll klar ist, dem zugestimmt. Die ÖVP und SPÖ haben dagegen gestimmt. *(Es herrscht Unruhe im Hause und der Vorsitzende bittet um etwas Ruhe.)* Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes.

Direktor **Dr. Putz:**

4. Ldtgs.Zl.

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Arbeitsmarktservice Kärnten Initiativen, zum Beispiel "Aktion 54 plus" zu setzen, welche konkrete Wiedereingliederungs- und Förderungsmaßnahmen für ältere arbeitslose Kärntnerinnen und Kärntner beinhalten.

Auch dieser Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl an Unterschriften auf.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Abgeordnete Klubobmann-Stellvertreter Koncilia gemeldet. Ich bitte ihn zu sprechen.

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich hoffe, daß dieser Dringlichkeitsantrag auch Zeit findet, im Hohen Haus behandelt zu werden, weil ich glaube, daß er die Kärntner mehr berührt, als daß was wir heute jetzt nahezu zwei Stunden gemacht haben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir müssen leider feststellen, daß aufgrund der Wirtschaftssituation und der Wirtschaftslage besonders zwei Gruppen von dieser Situation betroffen sind. - Einmal die Jugendlichen. Ich glaube, hier können wir mit Stolz vermerken, daß das Land Kärnten in der vergangenen Zeit wesentlich dazu beigetragen hat, diese Situation zu verbessern. Und zum zweiten: Die Gruppe der älteren Menschen - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich darf noch festhalten, daß sich die Anzahl der Arbeitslosen über 50 Jahre gegenüber dem Jahr 1996 um 8,7 Prozent oder um 191 Personen erhöht hat. Das heißt, daß zu diesem Zeitpunkt 2.380 Personen über 50 Jahren keine Arbeit gefunden haben. Ich weiß schon, daß diese Zahl nicht hundertprozentig stimmt, weil diese Zahl auch viele Arbeitnehmer beinhaltet, die nicht mehr vermittelbar sind, die nicht überall einsetzbar sind. Aber trotzdem ist es eine Sorge, wenn man weiß, daß man nach einem arbeitsreichen Leben einige Jahre vor der Pension praktisch vor dem Nichts steht und daher auch Kürzungen im weiteren Leben auf sich nehmen muß.

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir die Erfahrung gemacht haben, wenn wir mit den Vertretern des Arbeitsmarktservice verhandeln, Gespräche führen, daß es sehr wohl möglich ist, Lösungen zu finden. *(Unruhe im Hause.)* Ich sage Ihnen nur ein Beispiel was die Jugend angeht, die Lehrlingsaktion, die leider Gottes auf Bundesebene *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* nicht jene Zustimmung gefunden hat, wie wir sie in Kärnten durchgeführt haben und daher eingeschränkt wurde. Aber in Gesprächen war es möglich, daß ab 15. September 1998 diese Situation wieder eintritt, daß hier zusätzliche Hilfe durch das Land und durch das AMS erfolgen wird. Und daher glaube ich, sollten wir das in diesem Zusammenhang versuchen, und auch als Land Kärnten hier entsprechend einwirken, weil auch

Koncilia

in unserem eigenen Wirkungsbereich verschiedene Möglichkeiten bestehen. Ich darf die Fraktionen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei einladen, diesen - wie ich meine - sehr wichtigen Antrag, ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abgeordneten Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag, den die Sozialdemokratische Partei vorbereitet hat, aus grundsätzlichen Überlegungen die Zustimmung geben. Wir haben das Budget 1999 beschlossen und haben im Rahmen dieses Budgets 156 Millionen Schilling für die Arbeitnehmerförderung beschlossen. Diese 156 Millionen Schilling Arbeitnehmerförderung sollten sinnvoll in jenen Bereichen eingesetzt werden, die landespolitisch eine besondere Sensibilität haben. Das ist der Bereich der Jugendbeschäftigung und das ist der Bereich der älteren Mitbürger, die im Arbeitsprozeß und vor der Gefahr stehen, daß sie den Arbeitsplatz verlieren könnten. Hier haben wir nicht erst jetzt, sondern schon viel länger vorgearbeitet, erstens mit Maßnahmen der beruflichen Fortbildung die beste Versicherung gegen eine Altersarbeitslosigkeit ist eine permanente Weiterbildung - und zweitens, meinen wir, daß wir im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit massive Abhilfe schaffen konnten, weil wir in Kärnten eigene Aktionen durchgeführt haben.

Parallel dazu gibt es für Hochschullehrgänge 153 Millionen Schilling im Budget. Das bedeutet auch wieder, daß junge neue Mitarbeiter in eine höhere Qualifikation kommen und durch die höhere Qualifizierung auch ihren Arbeitsplatz behalten. Ich meine aber, daß es nicht ausreicht, etwas mit arbeitsmarktfördernden Mitteln zu tun. Wir müssen Systeme verändern. Wir sollten auch auf alle Fälle darüber nachdenken, wie wir das Modell des Vorruhestandes umsetzen. Wir müssen überlegen, ob es nicht so etwas wie Altersteilzeit gibt. Daß nicht ein Mitarbeiter in einem Betrieb, ein Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, bis zum

letzten Tag, bis zum 60. oder 65. Lebensjahr seine Arbeitszeit voll im Betrieb verbringt und nachher in Pension ist, sondern, er soll selber die Möglichkeit haben, seiner Kraft entsprechend, beruflich tätig zu bleiben. Und deshalb, meine ich, daß dieser Antrag, den die Sozialdemokraten gestellt haben, unsere Zustimmung bekommen wird, weil wir uns erst dann, im zuständigen Ausschuß, im Rahmen der Arbeitnehmerförderung, prinzipiell darüber Gedanken machen sollten, wie die Situation der älteren Mitbürger auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abgeordneten Ing. Pfeifenberger das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Dieser Antrag interessiert mich auch deshalb, weil auch einmal gesagt werden muß, daß heute die Situation in vielen Betrieben und im Lande Kärnten eine ganz andere ist, als von der hier heute gesprochen wird. Ich habe viele Beweise und kann diese auch vorbringen, daß es in vielen Betrieben Möglichkeiten der Aufnahme von älteren Mitarbeitern gäbe, aber diese älteren Mitarbeiter leider Gottes nicht willig sind oder nicht bereit sind, einen unterqualifizierten Job anzunehmen und dies auch dann nicht, wenn man zum Beispiel, auch über das AMS oder über Inerate, diese Angebote mit dem Hinweis offeriert, daß man auch bereit wäre, höhere Löhne zu bezahlen als das vielleicht in dieser so quasi Gruppe notwendig wäre.

Ich glaube, daß hier schon einmal gesagt werden muß, daß das die falsche Arbeitsmarktpolitik ist und es wäre schön, wenn Sie, Herr Präsident, *(Er richtet diese Worte an den Vorsitzenden Präsidenten Adam Unterrieder.)* unten sitzen würden, dann könnte ich Sie auch einmal als Arbeitnehmervertreter ansprechen. *(Vors.: Das kannst du so auch!)* Daß man das wirklich auch einmal untersucht. Daß heute die Leute nicht mehr arbeiten gehen wollen, weil die Arbeitslosenunterstützung, mit dem, was sie dann vielleicht mit einem Pusch so quasi verdienen, mehr ist als das was sie bei einer realen Arbeit in einem Betrieb verdienen. Und

Ing. Pfeifenberger

das ist das Problem. Es gibt heute Leute, die die Qualifikation hätten und die auch in den Betrieben benötigt werden, die aber nicht mehr arbeiten gehen wollen, obwohl sie arbeitsfähig und arbeitstüchtig sind und auch eine gute Ausbildung haben, nur weil sich das rechnerisch nicht mehr ausgeht. Weil sie mit der Arbeitslosenunterstützung und Pfusch mehr einnehmen, als wenn sie in einem Betrieb arbeiten, Überstunden machen und sich der ganzen Prozedur unterwerfen. Und das, muß ich ehrlich sagen, Herr Präsident, das werden wir einmal aufgreifen müssen.

Es geht nicht an, daß heute Leute mit einem Mindestlohn beschäftigt werden, weil die Unternehmer keinen höheren Lohn mehr zahlen können, weil sie ansonsten nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Daß Leute mit einem Mindestlohn nicht mehr das Familieneinkommen erreichen, mit dem sie die Familie existenziell erhalten können. Das heißt, daß sie gezwungen sind, Überstunden zu machen. Und wenn sie keine Überstunden machen können, dann sind diese Leute nicht mehr existenziell abgesichert.

Das heißt, hier werden wir nachdenken müssen und hier werden wir auch untersuchen müssen, daß das AMS die Arbeitsmittel so eingesetzt, daß die Leute, die arbeitsfähig sind, auch arbeiten gehen werden müssen. Sonst werden wir von dieser Situation nie befreit werden, und daß auch die älteren Jahrgänge, die heute am Arbeitsmarkt vorhanden sind, genauso eine Chance hätten. Es ist durchaus möglich, daß man in vielen Betrieben ältere Jahrgänge einsetzen kann, weil sie erstens einmal ein sehr hohes Know-How haben, Erfahrung aus dem Berufsleben mitbringen und daß diese Leute auch für Jobs eingesetzt werden können, die nicht unbedingt schwer sind. Das einzige Problem ist, daß die Leute nicht mehr das verdienen, was sie vorher verdient haben. Aber bitte, wo sind diese 54-Jährigen. Ich kenne sie nicht und sie melden sich auch nicht beim AMS. Und sie sind auch nicht verfügbar. Deswegen sollte man vielleicht das Ganze einmal anders betrachten und einmal von hinten her untersuchen, warum sich die Leute in der Wirtschaft nicht mehr melden.

Ich kann Ihnen als Beispiel sagen, daß in Wien die zwei Großbanken CA und Bank Austria heute massenhaft Leute entlassen, die über 50 sind, sich junge Leute suchen und die 50-Jährigen in die Wüste schicken. Wissen Sie, was in Amerika mit diesen Leuten geschieht? In Amerika gibt es schon Agenturen, wo diese Know-How-Träger, diese wirklich gut ausgebildeten Fachkräfte, von den Agenturen aufgenommen werden und diese Leute wieder zu einem vernünftigen Lohn eingesetzt werden und somit der Wirtschaft erhalten bleiben. In Österreich werden diese Leute zum AMS geschickt. Sie bleiben dann daheim und gehen in Frühpension und kassieren die Arbeitslose. Und andere haben praktisch keine Chance, hier eine vernünftige Einkommenssituation zu erhalten. Das heißt, daß hier in diesen Bereichen, Herr Präsident, Ordnung geschaffen werden muß, daß arbeitswillige Arbeitslose einmal verpflichtet werden, eine Arbeit anzunehmen und daß sie sich nicht ständig davonschleichen und Arbeitslose kassieren und mit dem Pfusch das Einkommen auffetten. Und andere, die den ganzen Tag arbeiten und den ganzen Tag schöpfen, auf Deutsch gesagt, dann nicht mehr zurecht kommen, weil sie aufgrund der allgemeinen Lohnkostensituation von den Betrieben (*Vors.: Redezeit! Schon zwei Minuten drüber!*) kein höheres Einkommen erhalten.

Ich bitte Sie, da nicht ständig mit Anträgen aufzuwarten und vom Thema abzulenken, sondern sich wirklich als Arbeitnehmervertreter in die Betriebe hinauszubegeben und das einmal zu analysieren und dann die Entscheidungen zu treffen. Und nicht da Forderungen aufzustellen, die nicht gerechtfertigt sind. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Ich habe nicht die Absicht, jetzt vom Vorsitz aus zu argumentieren. Herr Abgeordneter Koncilia hat sich zu Wort gemeldet.

Abgeordneter **Koncilia** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß ehrlich sagen, ich war selten so erschüttert über eine Wortmeldung, als über die, die ich jetzt von Herrn Ing. Pfeifenberger gehört habe. Herr Ing. Pfeifenberger, Sie haben heute - und ich hoffe, daß das nicht die Meinung Ihrer Partei ist - klar kundgetan, daß jene Menschen, die über 50 sind und keinen Arbeitsplatz mehr finden, Menschen sind, die asozial sind, die nicht arbeiten wollen, die Schmarotzer sind und die (*Lebhafte Zwischenrufe von Abgeordneten Ing. Pfeifenberger und 2. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.*) auf die Pension warten. Das hat er nicht gesagt, aber das hat er mit seiner Wortmeldung zum Ausdruck gebracht. (*Lärm im Hause.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ing. Pfeifenberger! Ich lade Sie ein ... (*Vors.: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Koncilia!*) ... das Dazwischenschreien ist kein Argument. Herr Ing. Pfeifenberger, ich lade Sie ein, ich lade Sie wirklich ein, kommen Sie einmal einen Tag zu uns und hören Sie sich das einmal an. Ich sage Ihnen ein einziges Beispiel. Vielleicht kennt das auch der Herr Abgeordnete Gallo. In seiner Gemeinde hat ein Sägewerk aus familiären Gründen aufgehört. Bei mir war ein Dienstnehmer, der 54 Jahre alt ist, Gott sei Dank pumperlgesund. Er hat keine Chance, in Invaliditätspension zu gehen, aber fragen Sie ihn, wo er überall war, wo er mit 54 überall hingehet und wo er einen Arbeitsplatz findet. Und wenn Sie sagen, daß es viele andere gibt?? Wir nennen das Flexibilisierung. Daß immer mehr Menschen, man kann dann, wenn man will auch aufzeigen, es gibt mehr Arbeitsplätze. Ja, es gibt mehr Arbeitsplätze, wo Leute unter der Geringfügigkeitsgrenze arbeiten und zwei, drei Beschäftigungen haben müssen, damit sich der Dienstgeber - und ich werfe nicht alle in einen Topf, aber viele - die Abgaben erspart. Und da nimmt er lieber zwei, wo er nichts zahlen muß und schadet damit auch dem Staat. Also hier muß man das sehr genau sehen. Ich lade Sie ein, uns das mitzuteilen. Sie sind in einem großen Betrieb. Vielleicht können Sie mir sagen, wieviel Leute Sie mit 54 aufnehmen. Jeder wäre froh.

Aber auch eines möchte ich sehr deutlich sagen. Wir wissen schon - und das ist überall so - es

wird in jedem Bereich und in jeder Gesellschaftsschichte Menschen geben, die die gesetzlichen Maßnahmen oder irgendetwas ausnützen. Das werden wir nie verhindern können. Aber das ist nicht einmal ein Prozentsatz, sondern ein Promillesatz von Menschen, die das tatsächlich machen. Und daher können wir diese Menschen nicht verurteilen.

Aber ich sage, das ist das wahre Gesicht der FPÖ, die immer meint, sie setzt sich für die Arbeitnehmer ein. Sie setzen sich für ganz etwas anderes ein. Das entspricht nämlich ihrer politischen Richtung, gegen die wir nichts haben. Aber tun Sie nicht so, als ob Sie für die Arbeiter in diesem Lande was übrig hätten. Sie haben es nämlich nicht. Sie haben es heute mit Ihrer Wortmeldung bewiesen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abgeordneten Ing. Pfeifenberger das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Kollege Koncilia! Bitte verdrehen Sie nicht die Sachen. Erstens habe ich das nicht gesagt und zweitens wissen Sie genau, was ich damit meine. Das einzige Potential, was wir heute haben, sind ausländische Arbeitskräfte, weil inländische Fachkräfte, die die Befähigung hätten, die die Ausbildung haben, arbeitsfähig sind, gesund sind, nicht wollen. Das ist das Problem. Aber nicht die 54-Jährigen, von denen Sie reden. (*Zwischenruf Abg. Dr. Ambrozy und Koncilia.*) Ich gehe gerne mit Ihnen durch ganz Kärnten und sehe mir das an. Aber ich zeige Ihnen auch, daß es im Bezirk Wolfsberg oder in einem anderen Bezirk Tausende von Arbeitslosen gibt, die nicht wollen. Die nicht wollen. (*Zwischenruf Abg. Koncilia*) - Was tut ihr denn? Gar nichts tut ihr! Das AMS geht den Sachen ja nicht nach. Das ist das Problem. Wie oft haben wir mit dem AMS gesprochen. Und es gibt viele Betriebe, die das gleiche Problem haben. Sie bekommen diese Kräfte nicht. Denn der Arbeiter sagt sich, ich bin ja nicht blöd, daß ich mit 10.000 oder 11.000 Schilling Arbeitslosenunterstützung und einem anständigen Pusch arbeiten gehe und mich einen ganzen Tag drangsaliieren lasse. Herr Koncilia, Sie wissen

Ing. Pfeifenberger

nicht, was draußen geschieht. Sie sind schon so weit weg, daß Sie nicht beurteilen können, daß die Situation tatsächlich real ist. (*Zwischenrufe im Hause.*) Und das einzige, was wir haben, sind ausländische Arbeitskräfte, die nicht deutsch sprechen, die man erst anlernen muß, denen eigentlich alles egal ist. Der sagt sich, wenn ich so quasi keinen Job habe, gehe ich eben den Stempel holen und kassiere weiter die Arbeitslosenunterstützung.

Wir wollen, daß die Leute in den Arbeitsprozeß integriert werden. Wir nehmen sie auf. Solche Betriebe gibt es zur Genüge, die die Leute mit 54 Jahren wieder aufnehmen. Denn so einer ist noch immer viel besser, denn er hat eine gesunde Einstellung zur Arbeit, zum Betrieb, er kann sich verständigen und er wird sich auch bemühen. Denn mit 54 Jahren weiß er noch ganz genau, daß er nicht zum alten Eisen gehört. (*Zwischenrufe im Hause.*) Aber das ist nicht wahr. Und Sie werden das einmal angreifen müssen - die heiße Kartoffel - nicht das Geld beim Fenster hinauswerfen ohne zu hinterfragen, wieso die Leute nicht arbeiten gehen wollen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.*)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Geschätzte Damen und Herren! Man muß auseinanderhalten zwischen jenen, die nicht wollen und jenen, die nicht können. Und jene, die nicht können, möchte ich absolut in Schutz nehmen. Es gibt eine Statistik, die besagt, daß die Altersarbeitslosigkeit ab 50 massiv zunimmt und derzeit bei 12 Prozent liegt. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns sachlich mit diesem Thema auseinandersetzen sollten und nachdenken sollten, wie wir diesen Umstand verbessern können und nicht jene beschimpfen, die ohne Arbeit sind.

Lieber Kollege Pfeifenberger! Ich weiß nicht, ob du einmal in der Situation warst, oder ob du in deinem Familien- oder Freundesbereich jemanden gehabt hast, der mit 50 seinen Arbeitsplatz verloren hat. Das ist eine Tragödie. Und daher sollten wir jenen Menschen helfen

und sie nicht hier im Landtag beschimpfen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Bitte die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit zu diesem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist einstimmig so beschlossen. Zur Debatte gibt es keine Wortmeldung. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist auch einstimmig so beschlossen. Die Arbeitslosen bedanken sich bei Ihnen allen, meine geschätzten Damen und Herren Abgeordneten.

Wir kommen zur weiteren Mitteilung des Einlaufes.

Direktor **Dr. Putz**:

B. Anträge von Abgeordneten

Ldtgs.Zl. 589-4/27:

Antrag der Abgeordneten des SPÖ-Klubs mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den ohnehin aufgrund der mit Ende dieses Jahres erfolgten Kündigung durch das Arbeitsmarktservice auslaufenden Vertrag (zwischen dem Land Kärnten und dem Arbeitsmarktservice Kärnten) betreffend Abwicklung der Gemeinnützigen Eingliederungsbeihilfe dahingehend zu adaptieren und neue zu beschließen, daß eine Einschränkung auf bestimmte für eine Förderung in Betracht kommende Einrichtungen (Vereine etc.) nicht stattfindet.

Zuweisung: **Finanz- und Wirtschaftsausschuß.**

C. Schriftliche Anfragen von Abgeordneten

Es ist am 23. Juli eine derartige schriftliche Anfrage eingelangt. Sie ist im Einlauf einer Landtagssitzung zu verlesen und dann dem be-

Dr. Putz

fragten Mitglied der Landesregierung zuzustellen.

Ldtgs.Zl. 74-2/27:

Schriftliche Anfrage von Dritten Präsidenten Dr. Wutte und Abgeordneten Ramsbacher an Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold mit folgendem Wortlaut:

Welche Reparatur-, Sanierungs- bzw. Erhaltungsarbeiten wurden in den letzten 10 Jahren auf der Wörtherseeautobahn zwischen Klagenfurt und Villach durchgeführt?

Zu welchem genauen Zeitpunkt bzw. in welchem Zeitraum erfolgten die jeweiligen Arbeiten (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Arbeiten)?

Wie hoch waren die damit jeweils verbundenen Kosten (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Arbeiten)?

Welche konkreten Verkehrsmaßnahmen, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Reparatur-, Sanierungs- und Erhaltungsarbeiten, wurden durch die einzelnen Arbeiten notwendig (Fahrbahnverengungen, Umleitungen, Sperre von Fahrbahnteilen)?

Soweit der Einlauf der heutigen Landtagssitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Unterrieder** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Ich darf noch die nächsten Sitzungstermine mitteilen: Die nächste Landtagssitzung findet am 13. Oktober statt. Dazwischen finden die Ausschusssitzungen statt. Und am 29. Oktober gibt es eine weitere Landtagssitzung. Über einen Enquete-Termin werden wir uns noch in der Obmännerkonferenz vereinbaren.

In diesem Sinne schließe ich die heutige Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.52 Uhr